

### **TO-1 Tagesordnung**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 21.02.2019  
Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

#### **Antragstext**

- 1 **Freitag**
- 2 TOP 1 Formalia
- 3 **Samstag**
- 4 TOP 2 Präferenzwahl
- 5 TOP 3 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
- 6 Statuten)
- 7 TOP 4 Nachwahl eines Mitglieds des Bundesschiedsgerichts
- 8 TOP 5 Jugend ändert Europa
- 9 **Sonntag**
- 10 TOP 3 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND (mit Änderungen von Satzung und
- 11 Statuten) – Fortsetzung
- 12 TOP 6 Finanzen
- 13 TOP 7 Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen
- 14 TOP 8 Weitere Anträge zu Satzung und Statuten
- 15 TOP 9 Verschiedene Anträge

**P-11 Ziele und Grundsätze unserer Bildungsarbeit**

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Perspektiven,  
Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 3. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND  
(mit Änderungen von Satzung und Statuten)

**Antragstext**

1 Als GRÜNE JUGEND stehen wir in der Konzeption und Umsetzung unserer  
2 Bildungsarbeit vor großen Herausforderungen. Unsere Arbeit bewegt sich nicht im  
3 luftleeren Raum ohne gesellschaftliche Hierarchien oder Einflüsse. Der sich  
4 dadurch ergebende Widerspruch – dem Ziel, eine kritische Perspektive auf unsere  
5 Gesellschaft unter deren Druck zu vermitteln – muss von uns reflektiert und bei  
6 der Ausgestaltung unserer Arbeit berücksichtigt werden.

7 Wir stehen vor vielen gesellschaftlichen Missständen, die wir in unserer  
8 Bildungsarbeit behandeln müssen: Sei es der allgemeine Rechtsruck, eine größer  
9 werdende Schere zwischen Arm und Reich, der scheinbar unaufhaltsam  
10 voranschreitende Klimawandel oder die Ungleichheit der Geschlechter. Wir stehen  
11 vor vielen Problemen und Themen, die wir in unserer Arbeit behandeln wollen.  
12 Sehr oft stehen dabei unsere Positionen in einem starken Widerspruch zum nach  
13 rechts rückenden gesellschaftlichen Diskurs, was für unsere Bildungsarbeit nicht  
14 folgenlos bleiben kann.

15 Dass wir wachsen, ist für unsere Bildungsarbeit, wie für vieles andere auch,  
16 eine große Chance, stellt uns aber auch vor Herausforderungen, um wirklich alle  
17 Mitglieder mit unserer Bildungsarbeit zu erreichen: Wir brauchen Formate und  
18 Methoden, die viele Mitglieder ansprechen und wir müssen viele Aktive in die  
19 Bildungsarbeit einbinden.

20 Wir setzen uns deshalb die folgenden Ziele für unsere Bildungsarbeit, die wir  
21 weiterentwickeln werden und auf deren Basis wir die Zukunft unseres  
22 Bildungsprogramms planen:

**23 Ziele**

24 Für uns als GRÜNE JUGEND ist die Bildungsarbeit ein großer Teil unserer  
25 politischen Arbeit, dem wir eine hohe Bedeutung beimessen. Unser  
26 Grundverständnis vom politischen Wirken der GRÜNEN JUGEND geht einher mit der  
27 Notwendigkeit kritischer, politischer Bildungsarbeit. Wir wollen unser  
28 Verbandsleben so gestalten, dass neue Erfahrungen zum Hinterfragen der  
29 gesellschaftlichen Verhältnisse anregen.

30 Die demokratischen Prozesse innerhalb unseres Verbands werden maßgeblich von

31 unserer Bildungsarbeit und der Art und Weise, wie sie gestaltet wird,  
32 beeinflusst. Dabei soll eine gesamtverbandliche Bildungsarbeit eine  
33 Auseinandersetzung mit und eine Meinungsbildung zu unseren Themen ermöglichen,  
34 Debatten anregen, die zur Positionierung des Verbands beitragen und darüber  
35 hinaus die Gestaltung einer veränderten Gesellschaft begreifbar machen.

36 Junge Menschen sind naturgemäß nur eine begrenzte Zeit in der GRÜNEN JUGEND  
37 aktiv und im Regelfall nur in dieser Zeit Teil unserer Bildungsarbeit. Die Wege,  
38 die junge Menschen nach der GRÜNEN JUGEND gehen sind so vielfältig, wie die  
39 Menschen und ihre Lebenshintergründe. Wir wollen junge Menschen fit machen, auch  
40 über die GRÜNE JUGEND hinaus in Politik und Gesellschaft Veränderungen  
41 anzustoßen. Wir wollen in unserer Bildungsarbeit sowohl methodische, als auch  
42 inhaltliche Kompetenzen vermitteln, die es ermöglichen, auf eigenständig  
43 gewählten Wegen unsere Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen politische Bildung  
44 außerhalb von Schulen und Universitäten anbieten, die, unabhängig vom  
45 persönlichen Bildungshintergrund, die nötigen Fähigkeiten dazu vermittelt.

### 46 **Werkzeug für politische Arbeit**

47 Das Werkzeug für politische Arbeit – im Verband und darüber hinaus – lernen wir  
48 über methodische Bildung. Über das Lernen aus selbst gesammelten Erfahrungen  
49 hinaus, wollen wir jungen Menschen gezielt die Möglichkeiten geben, ihr  
50 Handwerkszeug selbst zusammenzustellen und zu verbessern.

51 Die methodische Ausgestaltung der Bildungsarbeit prägt zwangsläufig die  
52 transportierte Verbandskultur. Sie entscheidet mit darüber, ob Veranstaltungen  
53 niedrigschwellig und zugänglich gestaltet sind und möglichst vielen Mitgliedern  
54 neue Erkenntnisse bringen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Verantwortlichen  
55 in unserer Bildungsarbeit methodisch schulen, um ihnen die bewusste  
56 Ausgestaltung der Bildungsarbeit zu ermöglichen.

57 Darüber hinaus wollen wir es allen Mitgliedern der GRÜNEN JUGEND ermöglichen,  
58 sich methodische Fähigkeiten anzueignen: für die Organisation von  
59 Bildungsveranstaltungen und viele andere Aktivitäten.

### 60 **Inhaltliche Kompetenzen**

61 Unsere Bildungsarbeit soll eine kritische Grundhaltung vermitteln, aus der  
62 heraus wir unsere Gesellschaft hinterfragen können. Das bedeutet auch, dass  
63 unsere Veranstaltungen nicht darauf abzielen reines Faktenwissen zu vermitteln.  
64 Vielmehr wollen wir durch eine tiefgehende Gesellschaftsanalyse sowohl  
65 Widersprüche erkennen, als auch Zusammenhänge sichtbar machen.

66 Neben der methodischen Kompetenzen ist auch ein inhaltliches Verständnis der  
67 politischen und gesellschaftlichen Zustände eine unabdingbare Komponente auf dem  
68 Weg zur Selbstermächtigung junger Menschen. Als Grundlage unserer politischen  
69 Arbeit wollen wir in unserer Bildungsarbeit begreifen, dass aktuelle  
70 Lebensumstände nicht gottgegeben, sondern von Menschen geschaffen und  
71 dementsprechend auch veränderbar sind. Aus dieser Ermächtigung heraus wollen wir  
72 die bestehenden Verhältnisse konkret kritisieren und Veränderungen einfordern.  
73 Gleichzeitig wollen wir aber auch darüber hinaus denken und gemeinsam Visionen

74 und Utopien schaffen.

75 Um in den wachsenden Verband, aber auch die gesamte Gesellschaft zu wirken,  
76 wollen wir auf unseren Veranstaltungen auch inhaltliche Multiplikator\*innen  
77 ausbilden, die unsere Debatten und Positionen weiter tragen können.

### 78 **Politische Bildung & Aktionismus zusammen denken**

79 Die Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND ist Teil der gesamten politischen Arbeit  
80 des Verbands. Deshalb wollen wir sie nicht alleine, als abgeschlossenen Teil,  
81 denken, sondern in Verbindung mit anderen Formen des politischen Aktivismus. Wir  
82 wollen, dass sich unsere Bildungsarbeit mit der Arbeit junggrüner Abgeordneter  
83 in Parlamenten und Aktivist\*innen auf der Straße wechselseitig bereichert.

84 Die Ergebnisse unserer Bildungsarbeit wollen wir für unsere politische Strategie  
85 nutzbar machen, um klarer wissen zu können: Was muss wo und wann getan werden?

86 Durch die Einordnung einer gut geplanten Bildungsarbeit in die gesamte Strategie  
87 des Verbandes, können wir vielfältige und attraktive Orte der Politisierung  
88 erschaffen, die junge Menschen auf unterschiedliche Weisen anspricht und auf  
89 ihrem politischen Weg bereichert.

### 90 **Grundsätze**

91 Unsere Bildungsveranstaltungen wollen wir deshalb nach den folgenden Maßstäben  
92 planen:

93 1. Wir wollen eine umfassende, kritische Analyse der Gesellschaft vermitteln.

94 2. Wir wollen ein Bewusstsein für mögliche Veränderungen der Gesellschaft  
95 vermitteln und damit eine Grundlage für politische Aktivität schaffen.

96 3. Wir verfolgen daher nicht vorrangig das Ziel politisches Faktenwissen zu  
97 vermitteln, sondern stellen politische Zusammenhänge und Problemlagen in  
98 den Fokus.

99 4. Die Inhalte einer Veranstaltung sind niemals abschließend. Wir wollen  
100 Inhalte und Kompetenzen vermitteln, auf Basis derer sich Teilnehmer\*innen  
101 selbst weiteres Wissen erarbeiten und es mit anderen Fragestellungen  
102 verknüpfen können, und die zur Ermächtigung für politisches Handeln  
103 beitragen.

104 5. Politische Bildung ist kein Produkt, das von Lehrenden hergestellt und  
105 anschließend von Lernenden konsumiert wird. Unsere Bildungsarbeit ist  
106 deshalb interaktiv, sie findet im Dialog statt und die Organisator\*innen  
107 und Teilnehmer\*innen haben eine aktive Rolle. Wir wollen, dass Lernen und  
108 Lehren miteinander einhergehen.

109 6. Wir wollen die Vielfalt unserer Mitglieder in den Bildungsveranstaltungen  
110 berücksichtigen, in unserem Bildungsprogramm die persönlichen und  
111 politischen Erfahrungen unserer Mitglieder als Zugang zu Themen nutzen und  
112 die Möglichkeit geben, individuelle Erlebnisse in ihren politischen  
113 Kontext zu setzen.

114 7. Wir wollen in die Breite unseres Verbandes wirken – unsere  
115 Bildungsarbeit soll vielen Mitgliedern zugute kommen und nur so kann sie  
116 mit unserer gemeinsamen politischen Arbeit verknüpft sein. Das setzt auch  
117 gute und niedrigschwellige methodische Ausgestaltungen voraus, damit alle  
118 Teilnehmer\*innen etwas von einer Veranstaltung mitnehmen.

## 119 **Organisation / Umsetzung / Durchführung**

120 In der Organisation unserer Bildungsarbeit wollen wir vermehrt auf die Umsetzung  
121 einer gesamtverbandlichen Strategie achten. Unsere Offenheit für Themen und neue  
122 Perspektiven darf nicht dazu führen, dass wir den Fokus verlieren. Eine gut  
123 durchdachte Bildungsarbeit kann dazu führen, dass die Teilhabe einzelner  
124 Mitglieder an der inhaltlichen Ausrichtung des Verbands wächst und eine  
125 Beteiligung an demokratischen Prozessen von Anfang an ermöglicht wird.

126 Um eine Bildungsstrategie für den gesamten Verband umzusetzen, braucht es eine  
127 langfristige und gut durchdachte Planung. Nur so können wir ermöglichen, dass  
128 alle Strukturen der GRÜNEN JUGEND sich daran beteiligen können und auch  
129 Ortsgruppen mit genügend Vorlauf über die anstehenden Formate und Themen  
130 informiert sind. Eine enge Zusammenarbeit mit den Landesvorständen soll dabei  
131 ermöglichen, gleichzeitig auf regionale Besonderheiten einzugehen und die  
132 Strategie vor Ort flexibel auszugestalten.

133 Der inhaltliche Fokus der Bildungsarbeit sowie die großen Veranstaltungen werden  
134 zukünftig im Arbeitsprogramm und Haushalt festgehalten und von der  
135 Mitgliederversammlung diskutiert und beschlossen.

### **Begründung**

Unsere Bildungsarbeit ist eine der Hauptbestandteile unserer politischen Arbeit. Eine gesamtverbandliche Strategie soll zukünftig eine gemeinsame Ausrichtung und ein gutes Zusammenarbeiten innerhalb der GRÜNEN JUGEND sicherstellen. Um den komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und als Verband schlagkräftig zu bleiben, wollen wir auch unsere Bildungsstrategie darauf ausrichten.

### **Herausforderungen**

#### **Gesellschaftlich**

Die gesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts erschwert uns dabei die Umsetzung linker, politischer Bildungsarbeit. Es ist schwierig, eine progressive Perspektive auf die gesellschaftlichen Zustände zu finden und zu vermitteln, wenn sich die allgemeine politische Debatte mit verschärfter Rhetorik um die immer gleichen Themen und sich selbst dreht. Für unsere Perspektiven und Themen finden wir oft wenig gesellschaftliche Akzeptanz, aber viel Kritik. Das gibt uns das Gefühl, uns und unsere Arbeit ständig

verteidigen zu müssen. Es ist schwierig, linke Visionen für eine Gesellschaft zu entwickeln, die diese Arbeit nicht akzeptiert.

Die traditionellen Institutionen zur gesellschaftlichen Bildung, Schulen und Universitäten, schaffen es leider derzeit nicht, das nötige Handwerkszeug zu vermitteln, um unsere Gesellschaft kritisch zu hinterfragen und tiefer liegende Mechanismen zu verstehen. Wir müssen damit beginnen, das Verständnis von dem, was politische Bildungsarbeit sein kann, zu verändern. Eine Herausforderung besteht also darin, Bildungsarbeit grundsätzlich zu verändern und zu erweitern.

### **Im Verband**

Auch innerhalb der GRÜNEN JUGEND entstehen immer neue Herausforderungen, mit denen sich unsere Bildungsarbeit auseinandersetzen muss, um erfolgreich zu sein.

Ein wachsender Verband ist immer Herausforderung und Chance zugleich. Im Sinne einer Bildungsarbeit, die den Verband durchdringt und Debatten um Positionen und Zukunftsentwürfe im gesamten Verband anstößt, ergibt sich die Herausforderung, möglichst viele Mitglieder mit den angebotenen Formaten und Themen zu erreichen.

Damit einhergehend treffen wir innerhalb der GRÜNEN JUGEND auch auf ganz unterschiedliches vorhandenes Wissen. Unsere Bildungs- und sonstige Verbandsarbeit haben zu verschiedenen Themen einige Expert\*innen hervorgebracht. Die Herausforderung besteht darin, diese auch weiterhin für andere Themen zu begeistern und Neueinsteiger\*innen den Zugang zu unseren Themen und den im Verband geführten Debatten zu ermöglichen und erleichtern. Gleichzeitig wollen wir auch den erfahrenen Mitgliedern neue Perspektiven und die Möglichkeit zur stetigen Weiterbildung bieten.

Damit unsere Bildungsarbeit langfristig interessant ist, muss sie wandelbar sein und in unterschiedlichen, attraktiven Formaten umgesetzt werden. Die ständige Entwicklung neuer Formate, ohne etablierte „best practice“-Methoden oder eine langfristige Ausrichtung der Arbeit aus dem Blick zu verlieren, ist eine Herausforderung, mit der wir uns in Zukunft noch intensiver auseinandersetzen müssen. Auch die Schwierigkeit, neu gewonnene inhaltliche Perspektiven in passende Formate der politischen Bildung zu übersetzen spielt dabei eine große Rolle.

Unser Anspruch an eine gesamtverbandliche Bildungsarbeit ist einerseits Themen und Debatten für die gesamte GRÜNE JUGEND aufzuarbeiten, um eine gemeinsame inhaltliche Ausrichtung zu erarbeiten. Dabei regionale Besonderheiten ständig im Blick zu halten und mit einzubeziehen, ist eine Herausforderung, der wir mit der richtigen Mischung aus Dezentralität und gemeinsamer Strategie begegnen wollen.

Ein ständiger Begleiter unserer Verbandsarbeit sind die knappen Ressourcen, mit denen wir haushalten. Dabei spielen selbstverständlich finanzielle Ressourcen eine große Rolle, aber auch die Kapazitäten der Verantwortlichen im Verband sowie der Angestellten auf den verschiedenen Ebenen müssen wir dabei beachten. Eine gute Verteilung unserer knappen Ressourcen kann nur durch das Verfolgen einer gemeinsamen Strategie erreicht werden.

### **Veranstaltungsformate**

Auf der Basis unserer Herausforderungen und Ziele müssen wir an der konkreten Veränderung und Weiterentwicklung unserer Bildungsveranstaltungen arbeiten. Beschließen werden wir über die Konzepte im Rahmen des Arbeitsprogramms und des Haushalts. Ein konkreter Startpunkt für solche Überlegungen, die die abstrakteren Ziele illustrieren können, sind die folgenden Ideen für die Weiterentwicklung von

Veranstaltungsformaten:

### **Sommerakademie**

Wir wollen die Sommerakademie perspektivisch auf fünf Tage ausweiten und die Teilnehmer\*innenplätze erhöhen. Durch diese Verlängerung wollen wir mehr Fokus auf Programmpunkte, die Möglichkeiten zum informellen Austausch geben, legen. Die Möglichkeiten der Sommerakademie als Ferien vom Sachzwang, uns tief mit inhaltlichen Fragen auseinanderzusetzen wollen wir so intensivieren. Gemeinsam mit den Teilnehmer\*innen der Sommerakademie soll in der dazugewonnenen Zeit auch daran gearbeitet werden, wie neu Gelerntes in den Verband gespiegelt werden kann, sodass die Sommerakademie stärker in den gesamten Verband wirkt.

### **Themenkongress**

Auf dem dreitägigen Themenkongress im Frühjahr, zu dem der jetzige Frühjahrs-Bundeskongress umgestaltet werden soll, wollen wir eine neue Verknüpfung von politischer Bildung und Diskussionsformaten ausprobieren: In intensiveren Workshops als sie es bisher auf dem Bundeskongress möglich sind, können wir uns mit dem Thema des Kongresses aus verschiedenen Perspektiven auseinandersetzen. In Diskussionsformaten – vor allem auch in kleineren Gruppen, in denen viele Teilnehmer\*innen zu Wort kommen können – können wir auf dieser Grundlage an unserer Positionierung arbeiten. Auch für die inhaltliche Arbeit der Fachforen kann hier der dafür nötige Raum entstehen. Durch Austausch und Diskussion ohne eine direkt folgende Abstimmung, können wir Kontroversen vielseitig angehen und uns weiterentwickeln.

### **Seminare**

Neben einer Intensivierung der großen Bildungsveranstaltungen wollen wir auch mit kleineren Seminaren in die Breite des Verbandes wirken. Dabei bietet es sich an, stärker mit den Landesverbänden zu kooperieren, um Seminare zu regional relevanten Themen (zu denen trotzdem alle Mitglieder des Bundesverbands eingeladen sind) organisieren zu können.

### **Ortsgruppen**

Wir wollen die Bildungsarbeit vor Ort stärken und die Ortsgruppen deshalb besser unterstützen. Das bestehende Format, dass Referent\*innen des Bundesverbands zu Ortsgruppen fahren, können wir weiterentwickeln: Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Sammlung, kann ein erprobter Veranstaltungskatalog entstehen, der es vielen Ortsgruppen ermöglicht, bei sich Veranstaltungen zu zentralen Themen der GRÜNEN JUGEND durchzuführen.

Daneben wollen wir Grundlagen für selbst organisierte Veranstaltungen schaffen: Aufbereitete Texte für eine Textdiskussion, Filme und Fragestellungen für einen Filmabend sowie mögliche Fragen und Methoden für Diskussionsabende können Ortsgruppen bei der Organisation von Veranstaltungen unterstützen. Auch wollen wir neue Möglichkeiten ausprobieren, die Ortsgruppen dezentral bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen zu begleiten und zu unterstützen.

Speziell für Ortsgruppen zugeschnittene Methodenschulungen sollen diese zusätzlich in ihrer Arbeit stärken.

### **Ausblick**

Eine weiterentwickelte Bildungsstrategie und die Umstrukturierung unserer Bildungsarbeit kann die politische Arbeit im Verband bereichern, und hält neue Chancen für uns bereit. Die Arbeit an dieser Strategie ist hiermit noch nicht beendet, sondern wird in den nächsten Monaten – und Jahren – noch weitergehen.

Zukünftig beteiligt an der Organisation sind vielfältige Gremien und Gruppen. Die auf der Mitgliederversammlung beschlossene Strategie bietet eine allgemeine Grundlage für die Bildungsarbeit. Im jeweils beschlossenen Arbeitsprogramm hat die Mitgliederversammlung die Möglichkeit konkret an der Ausgestaltung des Jahres mitzuwirken. Der Bundesvorstand hat dann gemeinsam mit dem Bildungsteam den Arbeitsauftrag, die beschlossenen Veranstaltungen organisatorisch auszugestalten. Insbesondere in der Organisation der Seminare soll dies in enger Zusammenarbeit mit den Landesvorständen geschehen.

Für einzelne Veranstaltungen sollen verstärkt Vorbereitungsteams gebildet werden. Hier können beispielsweise inhaltliche Expert\*innen aus den Fachforen oder Mitglieder der GRÜNEN JUGEND, die gerne Erfahrung in der Organisation von Bildungsarbeit sammeln möchten, gemeinsam mit Mitgliedern aus dem Bundesvorstand und dem Bildungsteam an der Ausgestaltung arbeiten.

Zwischen dem 52. und 53. Bundeskongress kann die Strategie weiter ausgearbeitet werden. Dabei können unter anderem die Kriterien für die Auswahl eines Bildungsteams sorgfältig erarbeitet und der Mitgliederversammlung auf dem 53. Bundeskongress zur Abstimmung gestellt werden.

Auch neue Möglichkeiten zur Ortsgruppenunterstützung können in dieser Zeit ausprobiert und nach dem 53. Bundeskongress mit dem neuen Bildungsteam weiter erarbeitet werden, sodass der Veranstaltungskatalog in 2020 immer vielfältiger werden kann.

2020 bietet auch die Möglichkeit den ersten Themenkongress der GRÜNEN JUGEND zu veranstalten, auf dem die gewonnenen Räume zur inhaltlichen Debatte genutzt werden können.



**P-12 Unsere Geschlechterstrategie**

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Perspektiven,  
Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 3. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND  
(mit Änderungen von Satzung und Statuten)

**Antragstext****1 Einführung**

2 In den letzten Jahrzehnten haben sich Frauen, Inter- und Transpersonen viel  
3 erkämpft. Vor hundert Jahren durften Frauen das erste Mal wählen, eine  
4 Tatsache, für die viele Feministinnen zuvor jahrelang gekämpft hatten. Frauen  
5 dürfen auf vielen Ebenen mitentscheiden, für politische Ämter kandidieren,  
6 selbstständig einen Beruf ergreifen und scheinbar all das tun, was sie wollen.  
7 Die Situation von Transpersonen hat sich in den letzten Jahren zumindest  
8 teilweise verbessert und seit letztem Jahr ist klar, dass es in Pässen eine  
9 dritte Option geben muss für Menschen, die inter sind. All diese  
10 Errungenschaften gehen auf mutige Persönlichkeiten zurück, die nicht als  
11 Einzelkämpfer\*innen, sondern gemeinsam für ihr Ziele gestritten und gekämpft  
12 haben. **Wir wissen aus der Geschichte, dass die Verhältnisse sich nicht selbst**  
13 **zum Tanzen bringen, sondern dass wir das gemeinsam in die Hand nehmen müssen!**

**14 Die Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen ist mehr**  
**15 als die Quote**

16 **Auch wir als Grüne Jugend sind nicht unbeeinflusst von gesellschaftlichen**  
17 **Zuständen.** Menschen kommen nicht als unbeschriebene Blätter zu uns, sondern  
18 als Individuen, die beispielsweise am eigenen Leib erfahren haben, was es  
19 heißt, diskriminiert zu werden, weil sie nicht in ein binäres  
20 Geschlechtersystem passen oder sich durch ihren Alltag im Patriarchat irgendwie  
21 durchboxen müssen. Noch immer wird Mädchen beigebracht, sich zurückzuhalten,  
22 bescheiden zu sein und möglichst wenig Raum einzunehmen. Sie werden dazu  
23 erzogen, zu denken, dass komplizierte Sachverhalte oder Finanzen nichts für sie  
24 seien, während Jungen dazu ermutigt werden, laut ihre Meinung kundzutun. In der  
25 politischen Sphäre schlagen sich die gesellschaftlichen Umstände oft deutlich  
26 nieder: So sorgt der Zwang der Zweigeschlechtlichkeit und die gesellschaftliche  
27 Stigmatisierung beispielsweise für eine starke Unsichtbarmachung von Inter- und  
28 Transpersonen. Auch Sozialisation, Erziehung sowie traditionelle  
29 Geschlechterrollen sind immer noch sehr wirkmächtig und leisten gerade in der  
30 politischen Sphäre einen großen Beitrag dazu, dass Frauen sich weniger  
31 zutrauen oder in geringerem Maße in Parlamenten oder Vorständen vertreten  
32 sind. Auch wir als GRÜNE JUGEND sind selbstverständlich kein post-  
33 patriarchaler Raum. Die Quote stellt ein wichtiges Instrument dar, die  
34 Vertretung von Frauen, Inter- und Transpersonen in Vorständen und Arbeitsteams

35 zu sichern, sowie ihnen Raum in Diskussionen zu ermöglichen. Belassen wir es  
36 jedoch dabei, führt es dazu, dass Frauen, Inter- und Transpersonen dazu  
37 gedrängt werden, ohne genug Vorbereitung Aufgaben und Positionen zu  
38 übernehmen, was oft Überforderung und Frust zur Folge hat. Mit der Quote ist  
39 es noch nicht getan, denn Empowerment umfasst viel mehr!

40 Obwohl wir schon viel für konkrete Gleichstellung und die Förderung von  
41 Frauen, Inter- und Transpersonen getan haben, müssen wir in unseren  
42 Arbeitsweisen und Strukturen noch effektiver und zielgerichteter werden.

### 43 **Unsere Ziele**

44 Wir als Grüne Jugend wollen ein Verband sein, in dem sich alle, unabhängig von  
45 ihrem Geschlecht und der Diskriminierung, die sie erfahren, für ihre  
46 politischen Ziele und Ideale einbringen können. Deswegen müssen wir uns so  
47 aufstellen, dass auch und vor allem junge Frauen und Menschen, die inter oder  
48 trans sind, sich bei uns langfristig und nachhaltig engagieren können!

49 **Wir wollen die Steine, die Frauen, Inter- und Transpersonen von der Gesellschaft**  
50 **in den Weg gelegt werden aus dem Weg schaffen!**

51 Dafür wollen wir **folgende Ziele** erreichen:

### 52 **Stetige Verbesserung durch Evaluation sicherstellen**

53 Die engagierte Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen findet bereits in  
54 großen Teilen des Verbandes statt, doch noch ist unklar, welche Instrumente und  
55 Maßnahmen Erfolge vorweisen und welche nicht. Wir wollen evaluieren, wie gut  
56 unsere Fördermaßnahmen den Verband weiterbringen und wie gut Aktivist\*innen  
57 von ihnen profitieren. Dafür ist es wichtig mit Zahlen und Fakten zu arbeiten  
58 und dabei beispielsweise die Mitgliederstruktur und Teilnehmer\*innenzahlen  
59 beständig nach Geschlechteraspekten zu untersuchen. Mithilfe einer stetigen  
60 Dokumentation und Analyse wollen wir uns anschauen, welche Veranstaltungsformate  
61 sowie Themen besonders ansprechend für Frauen sind, um noch mehr junge Frauen  
62 für die GRÜNE JUGEND begeistern zu können. Außerdem wollen wir uns genauer  
63 anschauen, welche Gremien und Teams sich wie zusammensetzen, wer sich öfter  
64 für Ämter bewirbt und wie lange Aktivist\*innen Mitglied der Grünen Jugend  
65 sind, bis sie sich für ein Team bewerben. Im Zuge der Weiterentwicklung der  
66 Geschlechterstrategie soll auch die Evaluation der FIT-Reform fortgeführt  
67 werden. Unser Ziel bleibt ein Verband, in dem alle Menschen, unabhängig von  
68 ihrem Geschlecht, politisch aktiv sein und sich einbringen können. Dafür  
69 müssen wir unsere Maßnahmen zur Förderung von aufgrund ihres Geschlechts  
70 benachteiligten Personen beständig auf ihre Effektivität überprüfen und  
71 weiterdenken. Verantwortlich für die Planung sowie Durchführung dieser  
72 Evaluation ist die\*der Verantwortliche für die Geschlechterstrategie und das  
73 Team für Geschlechterstrategie.

### 74 **Verantwortlichkeiten benennen, Verantwortliche schulen**

### 75 **I Verantwortliche\*r für die Geschlechterstrategie**

76 Wie auf dem 51. Bundeskongress beschlossen, wollen wir die\*den ehemalige Frauen,  
77 Inter- und Transpersonen und Genderpolitische\*n Sprecher\*in als in den Verband  
78 hinein gerichtete Rolle stärken. Er\*sie hat einerseits die Aufgabe, alle  
79 Akteur\*innen im Verband bei der Umsetzung der Geschlechterstrategie zu  
80 unterstützen und zu beraten, andererseits aber auch die Geschlechterstrategie  
81 stetig weiterzuentwickeln und aktuellen Bedürfnissen im Verband anzupassen.  
82 Dabei sollen die Ergebnisse der Evaluation miteinbezogen und Konzepte sowie  
83 Handreichungen für Schulungen auf allen Ebenen des Verbandes erarbeitet werden.  
84 In Zukunft sollen der\*die Verantwortliche für die Geschlechterstrategie und das  
85 Team für Geschlechterstrategie gemeinsam mit dem Bundesvorstand für die  
86 Erfüllung dieser Aufgaben zuständig sein.

### 87 **II Breite Wissensbasis aufbauen und in den Verband** 88 **hineintragen**

89 Unser Ziel ist es, dass sich alle Verantwortlichen und alle Aktivist\*innen auf  
90 allen Ebenen im Verband für die Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen  
91 einbringen. Uns ist jedoch auch bewusst, dass wir nicht alle immer erreichen und  
92 entsprechend schulen können. Mit **Methodenschulungen** und Handreichungen wollen  
93 wir deshalb die Menschen erreichen, die in Vorständen oder anderen Gremien  
94 wirklich etwas für die Förderung und Einbindung von Frauen, Inter- und  
95 Transpersonen bewegen können und die dafür Sorge tragen können, dass alle die  
96 nötige Unterstützung für ihr Engagement erfahren. Deshalb sollen sie  
97 verstärkt in die Verantwortung genommen werden, unabhängig davon, ob sie  
98 selber aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden oder nicht. Dabei soll  
99 auch berücksichtigt werden, wie die praktischen Belange von Inter-, Trans- und  
100 Non-binary-Personen bei der Veranstaltungsplanung besser miteinbezogen werden  
101 können. Außerdem soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Einbindung von jungen  
102 Frauen, die neu im Verband sind, gelegt werden.

### 103 **Organisation- und Verbandsarbeit**

#### 104 **I Gezielte Ansprache von Frauen, Inter und Transpersonen** 105 **sicherstellen**

106 Wir wollen, dass auch in Zukunft viele Frauen, Inter-und Transpersonen sich für  
107 die GRÜNE JUGEND interessieren und sich bei uns einbringen möchten. Dafür ist  
108 es wichtig, dass wir uns ganz genau anschauen, welche Menschen man wie am besten  
109 erreichen kann. Dabei wollen wir verstärkt darauf achten, nicht alle  
110 diskriminierten Gruppen in einen Topf zu werfen und uns der Illusion hinzugeben,  
111 mit einer Maßnahme allen helfen zu können. Sowohl in unserer  
112 Öffentlichkeitsarbeit als auch im persönlichen Kontakt beispielsweise über  
113 Ortsgruppen müssen wir auf die spezifischen Belange von Frauen sowie Inter- und  
114 Transpersonen achten. Das bedeutet, Hürden in der Ansprache zu identifizieren  
115 und aus dem Weg zu räumen. Im Rahmen der Evaluation wollen wir diese Hürden  
116 gezielt untersuchen. Im Rahmen der Evaluation soll die\*der Verantwortliche für  
117 die Geschlechterstrategie in Zusammenarbeit mit dem Team für  
118 Geschlechterstrategie sowie dem Bundesvorstand Strategien erarbeiten, wie wir  
119 unsere Öffentlichkeitsarbeit so gestalten können, dass sich noch mehr Frauen,  
120 Inter- und Transpersonen angesprochen fühlen.

#### 121 **II Praktische Hürden für Inter- und Transpersonen abbauen**

122 Menschen die inter oder trans sind, hatten in der Vergangenheit bei unseren  
123 Veranstaltungen mit einigen praktischen Hürden zu kämpfen, die es ihnen  
124 teilweise erschwerten, an Bildungsveranstaltungen oder der Mitgliederversammlung  
125 teilzunehmen. Die Grüne Jugend soll ein Verband sein, in dem sich alle,  
126 unabhängig von ihrem Geschlecht, wohlfühlen, gleichberechtigt an Diskussionen  
127 teilnehmen und gemeinsam an der Umsetzung unserer politischen Ziele beteiligen  
128 können. Die Bundesgeschäftsstelle soll daher in Zukunft verstärkt darauf  
129 achten, dass praktische Hürden für Inter- und Transpersonen im Rahmen der  
130 Veranstaltungsplanung mitgedacht und aus dem Weg geräumt werden.

### 131 **III Eine offene Organisationskultur etablieren**

132 Wir wissen, dass in der Grünen Jugend verschiedene soziale Codes herrschen, die  
133 Interessierte und gerade junge Frauen abschrecken, mitzumachen. Leicht kann der  
134 Eindruck entstehen, „nicht genug zu wissen“ oder „sich nicht gut genug  
135 auszudrücken“ für die Grüne Jugend. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass  
136 neue Leute vieles, was für viele Aktive heute selbstverständlich ist, wie  
137 richtiges Gendern oder bestimmte Abkürzungen zu verwenden, gar nicht wissen  
138 können. Viele Interessierte zum Mitmachen begeistern, können wir aber nur,  
139 wenn wir konsequent soziale Codes hinterfragen, Abkürzungen vermeiden und ein  
140 Klima schaffen, in dem sich auch die willkommen fühlen, die vielleicht noch  
141 nicht wissen, warum gendern sinnvoll ist. Das bedeutet nicht, dass wir nicht  
142 selber auf möglicherweise diskriminierende Sprache achten, aber es bedeutet,  
143 dass wir Interessierte und Leute, die neu dazukommen, gezielt unterstützen,  
144 anstatt sie wegen ihrer „falschen Sprache“ auszuschließen.

### 145 **Konkrete Maßnahmen zur Förderung von Frauen, Inter- und** 146 **Transpersonen – Förderprogramme, die wirklich etwas** 147 **bringen**

#### 148 **I Wir wollen besser zwischen feministischer Bildungsarbeit** 149 **und Förderungsangeboten differenzieren**

150 Die GRÜNE JUGEND ist ein feministischer Verband und auch die Förderung von  
151 Frauen, Inter- und Transpersonen gehört zu unseren Grundsätzen. Eine  
152 Gleichsetzung von Förderungsangeboten mit der Auseinandersetzung mit  
153 feministischen Themen führt jedoch dazu, dass nicht der ganze Verband, sondern  
154 gerade Frauen und andere Betroffene selbst sich stark mit Sexismus oder anderen  
155 Diskriminierungsformen auseinandersetzen oder Veranstaltungen zu feministischen  
156 Themen bereits als Förderungsmaßnahme gelten. Hier muss stärker zwischen  
157 feministischer Bildungsarbeit und Maßnahmen zur Stärkung von Frauen, Inter-  
158 und Transpersonen unterschieden werden, denn Bildungsangebote zu feministischer  
159 Politik und Gesellschaftsanalyse sollen von allen Aktiven wahrgenommen werden  
160 können, damit feministisches Engagement nicht nur Aufgabe der Betroffenen  
161 bleibt! Dabei gilt es die Themensetzung von Veranstaltungen auch anhand der  
162 jeweiligen Zielgruppe zu untersuchen.

#### 163 **II Wir wollen evaluieren, welches Förderangebot wen** 164 **ansprechen sollte**

165 Wir wollen stärker danach differenzieren, welche Förderangebote eher Frauen

166 helfen können und welche eher Menschen, die inter oder trans sind. Wir dürfen  
167 nicht ignorieren, dass Frauen, Inter- und Transpersonen verschiedene Formen und  
168 Ausprägungen von Diskriminierung treffen und in sehr unterschiedlicher Anzahl  
169 im Verband vertreten sind. Deswegen müssen wir genau evaluieren, in welchen  
170 Fällen wer angesprochen werden sollte und für welche Veranstaltung wir wie  
171 viele Finanzmittel einplanen sollten. Wir sollten uns bei jedem neu auf die  
172 Beine gestellten Förderprogramm folgende Fragen stellen: Wen wollen wir mit  
173 diesem Programm ansprechen? Können wir mit diesem Programm auch diese Menschen  
174 erreichen? Gibt es Hürden und Barrieren, die Aktivist\*innen daran hindern  
175 könnten, sich für das Programm anzumelden und die aus dem Weg geräumt werden  
176 sollten? Des weiteren gilt es für verschiedene Zielgruppen verschiedene,  
177 angepasste Angebote zu schaffen. Dabei stehen das Ansprechen von neuen  
178 Interessent\*innen, das Einbinden und Halten von Aktivist\*innen sowie die  
179 Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen in Verantwortungspositionen im  
180 Zentrum. Des weiteren gilt es die Diversität von Lebenswelten zu beachten und  
181 miteinzubeziehen, wie beispielsweise die Erfahrungen von Frauen mit  
182 verschiedenen sozialen Hintergründe oder die Erfahrungen von Women of Color.  
183 Der\*die Verantwortliche für die Umsetzung der Geschlechterstrategie soll auf  
184 Grundlage dieser Fragen und in Zusammenarbeit mit seinem\*ihrem Team und dem  
185 Bundesvorstand bis zum 54. Bundeskongress einige Veranstaltungsformate  
186 ausarbeiten und erproben.

187 **III Wir wollen Förderprogramme entwickeln und ausbauen, die**  
188 **Frauen auf Verantwortungspositionen vorbereiten und sie in**  
189 **ihrer Arbeit bestärken**

190 Mit unserer Förderung wollen wir uns nicht auf die Themen beschränken, die als  
191 „klassische Frauenthemen“ gesehen werden. Wir wollen verstärkt  
192 Förderangebote machen, bei denen die Fähigkeiten gestärkt werden, die Frauen  
193 von der Gesellschaft oft abgesprochen werden und damit verhindern, dass Frauen  
194 meistens die „Kümmerer-Rolle“ übernehmen, während Männer sich  
195 beispielsweise mit Theoriearbeit auseinandersetzen. Frauen, die sich in  
196 „frauenuntypischen“ Gebieten einbringen, können für junge und neu  
197 dazugekommene Frauen Vorbilder sein und so langfristig dazu beitragen, tradierte  
198 Rollenbilder zu überwinden. Veranstaltungen mit interessanten Referierenden  
199 bieten hier eine gute Möglichkeit Themenfelder zu erkunden, die normalerweise  
200 männlich dominiert sind. Des weiteren ist gerade die Vermittlung von  
201 methodischen Werkzeugen eine gute Grundlage als Vorbereitung zur  
202 Verantwortungsübernahme im Verband und die persönliche Weiterentwicklung. Mit  
203 Trainings zur Rhetorik, Projektmanagement, Moderation oder ähnlichem wollen wir  
204 Frauen, Inter- und Transpersonen angelehnt an ihre Talente und Vorhaben noch  
205 besser auf Positionen vorbereiten und mit allem nötigen Werkzeug ausstatten.

206 **IV Wir wollen Banden bilden!**

207 Frauen in Verantwortungspositionen bekommen oft wenig Unterstützung und fühlen  
208 sich deswegen häufig in ihrem Amt allein gelassen. Das führt dazu, dass viele  
209 ihr Amt schnell wieder aufgeben und sich im schlimmsten Fall gar nicht mehr im  
210 Verband einbringen möchten. Dem wollen wir entgegenwirken. Mit  
211 Vernetzungsangeboten wollen wir die Frauen zusammenbringen, die sich gegenseitig  
212 unterstützen und bestärken können. Frauen, die für sich und für andere  
213 eintreten und voneinander lernen, werden dann auch in Zukunft Vorbilder für  
214 junge Frauen werden, die sich verstärkt in der Grünen Jugend engagieren  
215 möchten.

216 Nicht-binäre Menschen sowie Inter- und Transpersonen haben im Verband oft wenig  
217 Möglichkeiten, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Austausch-  
218 und Vernetzungstreffen können zu einer Kultur im Verband beitragen, in der sich  
219 auch sehr junge und neu dazugekommene Inter-, Trans- und Nicht-binäre-Personen  
220 wohlfühlen. Außerdem können dadurch Vorbilder geschaffen werden, die junge  
221 und neu dazugekommene Inter-, Trans- und Non-binary-Personen in ihrem Engagement  
222 bestärken. Räume zur Vernetzung und zum Empowerment können beispielsweise im  
223 Rahmen von Bundeskongressen geschaffen werden.

### 224 **Unsere Ziele und Aufgaben auf einen Blick**

#### 225 **Evaluation und Analyse**

- 226 • Evaluation der Mitglieder- und Förderungsstruktur anhand von  
227 Geschlechteraspekten mithilfe von Datenerhebungen im ganzen Verband, sowie  
228 Gesprächen mit Verantwortlichen in Landesverbänden und Ortsgruppen
  
- 229 • Nutzung der Ergebnisse der Evaluationen zur Weiterentwicklung der  
230 Strategie und Entwicklung neuer Mechanismen zur Förderung von Frauen,  
231 Inter- und Transpersonen
  
- 232 • Entwicklung und Bereitstellung von Analyseinstrumenten für  
233 Landesverbände und Ortsgruppen

#### 234 **Verbandsarbeit und Verankerung von Verantwortlichkeiten**

- 235 • Etablierung der Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen als  
236 Querschnittsthema, welches alle Bereiche und Ebenen durchleuchten muss (z.  
237 B. Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsplanung, etc.)
  
- 238 • Beauftragung des\*der Verantwortliche\*n sowie dem Team für  
239 Geschlechterstrategie in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand mit der  
240 stetigen Evaluation sowie Verbesserung der Förderung von Frauen, Inter-  
241 und Transpersonen im Verband
  
- 242 • Entwicklung von Strategien zur stetigen Verankerung von  
243 Verantwortlichkeiten zur Förderung von Frauen, Inter- und Transpersonen  
244 in verschiedenen Ebenen des Verbandes
  
- 245 • Entwicklung und Implementierung von Angeboten und Instrumenten für  
246 Landesverbände und Ortsgruppen: Methodenschulungen und Leitfäden zur  
247 Förderung von Frauen und Einbindung von Inter- und Transpersonen (z. B.  
248 zu Veranstaltungsplanung, Sitzungsgestaltung, Organisationskultur und  
249 best-practice-Tipps)
  
- 250 • Haushaltsplanungen unter Zuhilfenahme von Gender Budgeting durch die  
251 Bundesschatzmeister\*in und Landesschatzmeister\*innen, um auch durch den  
252 Einsatz von Finanzmitteln zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Verband  
253 beizutragen

- 254 • Abbau von praktischen Hürden für Inter- und Transpersonen
- 255 • Schaffung einer offenen Organisationskultur, in der sich alle Menschen und  
256 insbesondere Frauen, Inter- und Transpersonen willkommen fühlen
- 257 **Konkrete Maßnahmen**
- 258 • Entwicklung und Implementierung gendersensibler Instrumente und Strategien  
259 in die Veranstaltungsplanung und Bildungsarbeit
- 260 • Verbesserung der Ansprache von Frauen, Inter- und Transpersonen anhand  
261 unserer Öffentlichkeitsarbeit und Themensetzung bei der Bildungsarbeit  
262 (Enge Zusammenarbeit mit den Sprecher\*innen sowie dem Bildungsteam)
- 263 • Arbeit an Möglichkeiten zur verstärkten Teilhabe von Frauen, Inter- und  
264 Transpersonen an Diskussionsräumen, Antragsausarbeitung und  
265 Antragsdiskussion
- 266 • Entwicklung und Erprobung von neuen Veranstaltungsformaten zum  
267 Empowerment, der Weiterbildung und zum Austausch von Frauen, Inter- und  
268 Transpersonen anhand verschiedener Zielgruppen
- 269 • Ausbau von tiefergehenden Förderangeboten wie beispielsweise dem  
270 Weitersteiger\*innenprogramm
- 271 • Erarbeitung von Strategien für informelles sowie offizielles Mentoring  
272 von Frauen für Frauen im Verband
- 273 • Initiierung von Vernetzungstreffen zwischen Frauen in  
274 Verantwortungspositionen sowie zwischen Inter- und Transpersonen im  
275 Verband

### **Begründung**

### **Evaluation**

Um diese Ziele erreichen zu können, müssen wir die bestehenden Verhältnisse im Verband genau unter die Lupe nehmen. Nur wenn wir gründlich evaluieren, an welchen Stellen im Verband Förderung sinnvoll ist, können wir zielgerichtet an einer stetigen Verbesserung der Verhältnisse arbeiten. So müssen wir uns beispielsweise anschauen, bei welchen Veranstaltungen wie viele Frauen teilnehmen oder die Veranstaltung so gestaltet sind, dass alle gleichberechtigt daran teilhaben können. Außerdem muss unsere Evaluation auch die Landesverbände und Ortsgruppen miteinbeziehen. Wenn wir wissen, was junge Frauen beispielsweise davon abhält, sich in einer Ortsgruppe zu engagieren oder zu einem Seminar auf Landes- oder Bundesebene zu fahren, können wir diese Hürden aus dem Weg räumen.

### **Verbesserte Verantwortlichkeiten**

In der Vergangenheit war im Verband an vielen Stellen unklar, welches Gremium oder welche Person jetzt für welches Förderangebot oder für welche Maßnahme verantwortlich war. Das führte dazu, dass sich manchmal niemand so richtig verantwortlich fühlte, wichtige Themen auf der Strecke blieben und es für viele im Verband keine richtigen Ansprechpartner\*innen gab. Zudem gab es teilweise die Ansicht, dass Betroffene sich am besten selbst um bestimmte Dinge kümmern, was dazu führte, dass insbesondere Frauen nie aus der – ihnen ja bereits gesellschaftlich zugeschriebenen – Kümmerer-Rolle entkamen und sich außer in der Arbeit mit anderen von Diskriminierung Betroffenen nur schwer politisch engagieren oder sich andere Themengebiete aneignen konnten. Deswegen wollen wir die Zuständigkeiten auf Bundesebene transparenter gestalten und für klare Zuständigkeiten sorgen, dadurch, dass die\*der ehemalige Frauen, Inter- und Transpersonen und Genderpolitische Sprecher\*in als neue\*r Verantwortliche\*r für die Geschlechterstrategie eine rein nach innen gerichtete Rolle hat und mit dem Team für Geschlechterstrategie sowohl mit dem Bundesvorstand zusammenarbeitet als auch in den gesamten Verband hineinwirkt. Sie sollen beispielsweise Schulungen für Landesverbände und Ortsgruppen anbieten und darauf hinarbeiten, dass sich auf allen Ebenen des Verbandes auch Nicht-Betroffene zuständig sehen. Durch eindeutige Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen kann effizienter zusammengearbeitet werden was letztendlich am effektivsten hilft.

### **Verbandsklima**

Wir wissen, dass die Grüne Jugend kein Raum frei von Diskriminierung ist, weil wir als Verband innerhalb einer patriarchalen Gesellschaft existieren, nicht außerhalb von ihr. Dennoch dürfen wir nie das Ziel aus den Augen verlieren, dass sich bei all unseren Veranstaltungen und Treffen auf allen Ebenen so viele Menschen wie möglich wohl fühlen können, um sich sinnvoll in die politische Debatte einzubringen. Politik gilt vielerorts immer noch als (Cis-)Männerdomäne, in der Frauen und Menschen die sich nicht in ein binäres Geschlechtersystem einordnen wollen, beigebracht wird, dass ihre Meinung weniger zählt. Um dieses Schema zu durchbrechen, wollen wir gezielt Frauen sowie Inter- und Transpersonen ansprechen und von unseren politischen Idealen überzeugen, ohne dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse von Individuen außer Acht zu lassen. Darüber hinaus wollen wir es für Frauen, Inter- und Transpersonen vereinfachen, an Veranstaltungen teilzunehmen, sich an Debatten zu beteiligen und sich in Antragsdiskussionen einzubringen. Inter- und Transpersonen haben oft mit Hürden zu kämpfen, die ihnen politisches Engagement erschweren oder gar unmöglich machen. Auch innerhalb der Grünen Jugend sind noch nicht alle Barrieren vollständig abgebaut, obwohl das an vielen Stellen leicht umsetzbar wäre und der politische Wille da ist. Indem die Bundesgeschäftsstelle verstärkt auf die Belange von Inter- und Transpersonen eingehen soll, ist die Stelle eingebunden, die ganz konkret vor Ort Veränderungen bewirken kann. Innerhalb der Grünen Jugend herrscht teilweise eine Stimmung, die Interessierte und neue Mitglieder abschrecken kann. Durch soziale Codes wie beispielsweise die Verwendung von vielen Abkürzungen und bestimmten Wörtern entsteht das Gefühl, nicht richtig dazuzugehören, was gerade für junge Frauen, die die Legitimation für ihr politisches Engagement beständig hinterfragen, eine Hürde darstellt. Auch in Antragsdebatten sind Frauen häufig unterrepräsentiert; ein Missstand, der allein durch die Quote nicht zu beheben ist. Durch eine verstärkte Arbeit an Anträgen in offiziellen Rahmen, wie Gremien oder Versammlungen, in denen wir Quoten und Fördermaßnahmen haben, können wir die Beteiligung von Frauen an Antragsprozessen verbessern. In die Prozesse, wenn Einzelmitglieder Anträge schreiben, können wir aber nicht direkt eingreifen – eine Quote der Unterstützer\*innen stärkt den Einfluss von Frauen beim schreiben des Antrags nicht. Um dennoch die Beteiligung von Frauen zu verbessern und damit Frauen nicht im Antragsstellungsprozess oder in der Debatte dazu genötigt werden, etwas beizutragen, nur damit Männer weiter diskutieren können, ist es notwendig, durch Förderangebote Frauen gezielt darin zu bestärken, sich in Debatten einzubringen.

### **Förderprogramme**

In der Vergangenheit gab es im Verband viele gut gemeinte Förderungsprogramme, jedoch waren (noch) nicht alle immer auch gut gemacht. Ein Problem war teilweise, dass selten zwischen Förderungs- und Empowermentmaßnahmen auf der einen Seite und theoretischer feministischer Bildungsarbeit auf der anderen Seite unterschieden wurde. In Zukunft wollen wir hier deshalb stärker zwischen Zielgruppen, und an wen sich welches Angebot richtet, unterscheiden. Bildungsarbeit sollten alle Aktiven erfahren, Förderung



brauchen vor allem bestimmte Zielgruppen. Auch wurden Förderungsprogramme meist zwar für Frauen, Inter- und Transpersonen gemeinsam angeboten, praktisch konnten sie aber nicht alle Zielgruppen gleichzeitig fördern. Hier müssen wir uns besser über die gemeinsamen, aber auch unterschiedlichen Bedürfnisse von Zielgruppen im Klaren sein und diese bei der Planung von Förderungsprogrammen und Veranstaltungen beachten. Bisher gab es wenig institutionalisierte Förderung für Frauen in Führungspositionen. Diese hing meist davon ab, ob sich Vorgänger\*innen oder Personen auf anderen Ebenen persönlich dafür verantwortlich fühlten, selten war Förderung ein etablierter Standard. Unterstützung bei Antritt einer neuen Aufgabe sollte jedoch nicht vom Wohlwollen anderer Leute abhängen, sondern so institutionalisiert sein, dass junge Frauen sich sicher sein könnten, mit ihren neuen Aufgaben niemals allein gelassen zu werden. Gerade solidarischer Zusammenhalt und Vernetzung sind Aspekte, die das Engagement in der Grünen Jugend schöner machen – und die dafür sorgen können, dass Frauen, Inter- und Transpersonen Vorbilder finden, an denen sie sich orientieren können. Das Motto „Frauen, bildet Banden“ wollen wir und der Grünen Jugend mit Leben füllen und mit einer erfolgreich umgesetzten Geschlechterstrategie dazu beitragen, dass Frauen, Inter und Transpersonen genau die Unterstützung erfahren, die sie brauchen.

## **H-1 Nachtragshaushalt 2019**

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	21.03.2019
Tagesordnungspunkt:	4. Finanzen

### **Antragstext**

- 1 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2019/745f3162-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2019/745f3162-e6ca-4455-8155-fab0e57b5aa0)
- 2 [e6ca-4455-8155-fab0e57b5aa0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2019/745f3162-e6ca-4455-8155-fab0e57b5aa0)
- 3 Ihr findet im Wurzelwerk (s.o.) den Nachtragshaushalt 2019.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

**E-1 Wir nehmen unsere Zukunft in die Hand - Unsere Ziele für ein besseres Europa!**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 6. Jugend ändert Europa

**Antragstext**

1 Die Europawahl am 26. Mai wird die wichtigste in der Geschichte. Wir stehen vor  
2 einer Richtungsentscheidung: kapitulieren wir vor einer globalisierten Welt und  
3 setzen sich die Antidemokrat\*innen, Rechten und Nationalist\*innen durch oder  
4 gelingt es uns, die Demokratie in ganz Europa zu retten und zu stärken? Nicht  
5 nur der europaweite Rechtsruck wird, gerade durch eine engere Vernetzung von  
6 verschiedenen Akteur\*innen, immer mehr zur Bedrohung, sondern auch die  
7 Stillstandspolitik, die einen Status Quo verteidigt, der unsere Chance auf einen  
8 lebenswerten Planeten untergräbt.

9 Immer mehr Menschen setzen sich gegen diese Politik, die ihre Zukunft aufs Spiel  
10 setzt, zur Wehr. Mit ihnen gemeinsam wollen wir Europa verändern. Der Wahlkampf  
11 und die Europawahlen müssen Ausgangspunkt für grundlegende Verbesserungen hin zu  
12 einem solidarischen, ökologischen und humanitären Europa werden. Denn Europa  
13 kann mehr.

14 Dabei haben wir konkrete Ziele, die im Sinne dieser Veränderung, in den nächsten  
15 5 Jahren angegangen werden müssen. Für diese Ziele gehen wir als GRÜNE JUGEND  
16 nicht nur im April und Mai auf die Straße, wir werden auch die kommende Grüne  
17 Europafraktion daran messen.

18 1. Wir fordern den europaweiten Kohleausstieg bis 2030 und 100 Prozent  
19 Erneuerbare Energien mit der europäischen Energiewende, denn nur so können wir  
20 die Pariser Klimaziele einhalten und unser Recht auf Zukunft und einen  
21 lebenswerten Planeten sichern. Wir stehen für eine Europäische Klimapolitik, die  
22 dem 1,5 Grad-Ziel standhält.

23 2. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben. Deswegen werden wir sichere  
24 Fluchtwege nach Europa schaffen. Außerdem braucht es umfangreiche staatliche  
25 Seenotrettungsprogramme sowie Rechtssicherheit für private Seenotretter\*innen.

26 3. Schluss mit Generation Praktikum – wir kämpfen für ein soziales Europa und  
27 Perspektiven für junge Menschen. Deshalb fordern wir eine verpflichtende  
28 Bezahlung für Praktika und faire Löhne auch in Ausbildungsberufen.

29 4. Die Europäische Agrarpolitik muss endlich fördern, was Tiere, Pflanzen und  
30 das Klima schützt. Wir beenden die Subventionierung der zunehmenden  
31 Industrialisierung der Landwirtschaft und fördern mit den rund 50 Mrd. Euro an

32 europäischen Agrarmitteln 100% Bio. Damit reduzieren wir die Belastung der Böden  
33 und des Wassers und fördern den Klima- wie auch Artenschutz in ganz Europa.

34 5. In den letzten Jahren sind in Europa wieder Zäune hochgezogen worden. Das  
35 muss ein Ende haben. Die Freizügigkeit des Schengenraums ist für uns nicht  
36 verhandelbar. Alle bestehenden Grenzkontrollen innerhalb der EU müssen deshalb  
37 wieder abgeschafft werden.

38 6. Auch in vielen europäischen Ländern werden diverse Grund- und Menschenrechte  
39 massiv verletzt. Darum muss die Schaffung eines Justizsystems durchgesetzt  
40 werden, bei dem Grund- und Menschenrechte für alle einklagbar sind.

41 7. Die Folgen des Klimawandels treffen insbesondere die Menschen im sog. Globalen  
42 Süden, die schon heute oft durch Überschwemmungen oder Dürren ihr zu Hause  
43 verlieren. Die Europäische Union, die maßgeblich zur menschengemachten Klimakrise  
44 beigetragen hat, muss hier Verantwortung übernehmen. Deshalb fordern wir einen  
45 Klimapass für die Bewohner\*innen von bedrohten Inselstaaten.

46 8. Demokratie kommt nicht ohne Transparenz aus, auf allen Ebenen. Um dem Kauf  
47 von Daten vorzugreifen und gleichzeitig allen die gleichen Informationen  
48 zugänglich zu machen fordern wir die Einführung eines bindenden europäischen  
49 Transparenzgesetzes.

50 9. Wer in Europa unterwegs ist, merkt schnell, der öffentliche Personenverkehr  
51 kann mit den Alternativen nicht konkurrieren. Das müssen wir ändern und darum  
52 steht die flächendeckende Elektrifizierung der Schiene und die Angleichung der  
53 Netze und Ticketsysteme ganz oben auf der verkehrspolitischen Agenda.

54 10. Frauenrechte werden europaweit in Frage gestellt und das Recht auf  
55 Selbstbestimmung ist auch in Deutschland noch nicht verwirklicht. Darum brauchen  
56 wir eine europaweite Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie den  
57 kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln für alle.

58 11. Um diese Projekte umzusetzen, müssen sie finanziert werden. Dazu brauchen  
59 wir europaweit eine einheitliche Unternehmenssteuer, um den  
60 Steuerunterbietungswettbewerb zu beenden und profitorientierte Unternehmen  
61 ausreichend besteuern zu können.

62 12. Um Teilhabe und demokratische Mitbestimmung in der Europäischen Union zu  
63 stärken, fordern wir die Absenkung des Wahlalters auf dem Weg zur Abschaffung  
64 der Wahlaltershürde und aller anderen Wahlhürden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **V-1 Gesundheit statt Globuli!**

Antragsteller\*in: Landesvorstand Niedersachsen,  
Landesvorstand Berlin, Marcel Duda, Marcel  
Ernst, Johannes Kopton, Paul Meyer-  
Dunker, Linus Jünemann, Sebastian  
Hansen, Daniela Ehlers  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Homöopathie erfreut sich als „Alternativmedizin“ in Deutschland großer  
2 Beliebtheit. Diese verspricht ihren Anwender\*innen in der Regel eine  
3 wirkungsvolle, sanfte Therapie mit wenigen Nebenwirkungen.

4 Homöopathiker\*innen glauben, man könne „Gleiches mit Gleichem bekämpfen“. Das  
5 bedeutet konkret, dass etwa ein Stoff, der Kopfschmerzen verursacht, in  
6 kleinster Dosierung gegen Kopfschmerzen eingesetzt werden soll. Dafür wird der  
7 Grundstoff stark verdünnt – die sogenannte Potenzierung. Die häufig verwendete  
8 Potenzierung D-6 bedeutet beispielsweise, dass ein Teil des Grundstoffes auf  
9 eine Million Teile des Verdünnungsmittels verteilt wurde. Homöopathische Mittel  
10 werden so lange verdünnt, dass nicht mehr ein einziges Molekül des Grundstoffes  
11 im späteren Mittel nachweisbar ist. Homöopathiker\*innen behaupten aber, diese  
12 seien im „Gedächtnis“ der Wassermoleküle weiter wirksam. Weder die Fähigkeit  
13 eines „Gedächtnis“ der Wassermoleküle noch die generelle Wirksamkeit der  
14 Homöopathika konnte jemals wissenschaftlich nachgewiesen werden.

15 Aus wissenschaftlicher Sicht handelt es sich bei den meisten Homöopathika bzw.  
16 Globuli um Zuckerkügelchen oder Tropfen ohne jeglichen Wirkstoffgehalt. Das  
17 größte Risiko an homöopathischer Behandlung liegt darin, dass Globuli häufig als  
18 Ersatz für wirksame Therapien angewendet werden. Homöopathiker\*innen preisen  
19 ihre Produkte nicht selten als Möglichkeit zur Behandlung schwerster Krankheiten  
20 an und gefährden damit das Leben ihrer Kund\*innen. Dabei ist es besonders  
21 problematisch, dass auch Ärzt\*innen ihren Patient\*innen zum Teil homöopathische  
22 Mittel verschreiben, ohne die Patient\*innen darüber aufzuklären, dass es sich  
23 bei den Mitteln um Homöopathika ohne erwiesene Wirkung handelt. Auch  
24 Apotheker\*innen empfehlen ihren Kund\*innen häufig ohne deren Wissen  
25 homöopathische Mittel. Durch diese Gleichsetzung mit Medikamenten wird  
26 fälschlicherweise der Eindruck erweckt, dass es sich bei Homöopathika ebenfalls  
27 um wirksame Mittel handle. Da sich die Wirksamkeit von Homöopathika im Bereich  
28 von Placebos bewegt, verhindert ihre unreflektierte Abgabe zudem einen ehrlichen  
29 und wissenschaftlichen Umgang mit dem Placebo-Effekt.

30 Die aktuelle Vergütungspraxis homöopathischer Behandlungen überdeckt zudem  
31 Schief lagen, welche in unserem Gesundheitssystem existieren. Homöopathische  
32 Behandlungen werden auch deshalb gerne in Anspruch genommen, da sich  
33 entsprechend tätige Ärzt\*innen häufig mehr Zeit für einzelne Patient\*innen  
34 nehmen können als wissenschaftlich orientierte Ärzt\*innen. Anstatt viel Geld für

35 Homöopathie auszugeben, sollten sich die Krankenkassen für die Förderung der  
36 sprechenden Medizin im Rahmen der Vergütungsstruktur einsetzen.

37 Ein Argumentationsmuster vieler Homöopathiker\*innen, mit dem sie Kund\*innen für  
38 ihre Methoden gewinnen wollen, ist die Diskreditierung von „Schulmedizin“.  
39 Einzelpersonen und der gesamten Pharmaindustrie wird unterstellt, dass sie die  
40 Wirkung von Globuli vor der Öffentlichkeit verbergen, um weiterhin Profite mit  
41 „Schulmedizin“ zu machen. Das ist einerseits grotesk, da homöopathische Mittel  
42 und Behandlungen häufig teurer sind als wirksame Medizin. Allein die Deutsche-  
43 Homöopathie-Union macht jährlich einen Umsatz von über 100 Millionen Euro.  
44 Andererseits hat die Homöopathie hier große Schnittpunkte mit Esoterik,  
45 Anthroposophie und anderen pseudowissenschaftlichen oder kultischen Bewegungen,  
46 bis hin zu antisemitischen Argumentationsmustern.

47 Das wollen wir unter keinen Umständen mitfinanzieren. Homöopathie und andere  
48 Formen pseudowissenschaftlicher Medizin genießen in Deutschland eine  
49 Sonderstellung. Sie werden von vielen Kassen erstattet und dürfen Behauptungen  
50 zu ihrer Wirksamkeit abgeben, ohne Beweise dafür zu erbringen. Dem stellen wir  
51 uns als GRÜNE JUGEND klar entgegen. Für uns muss Medizin eine wissenschaftliche  
52 Basis haben.

53 ***Wir fordern deshalb :***

54 – Keine Erstattung nicht-evidenzbasierter Behandlungsmethoden durch  
55 Krankenkassen

56 – Keine Sonderstellung für Homöopathika: Zulassung neuer Medikamente nur auf  
57 wissenschaftlicher Basis

58 – Behauptungen zur Wirksamkeit von Medikamenten müssen wissenschaftlichen  
59 Standards entsprechen und überprüft werden

60 - Klare Deklaration der Inhaltsstoffe homöopathischer Mittel und ihrer  
61 Konzentration

62 - Kein Verkauf und Verschreiben homöopathischer Mittel ohne Aufklärung der  
63 Patient\*innen über die nicht-nachweisbare Wirksamkeit

64 - Erhöhte Aufklärung über Grundlagen medizinischer Forschung und  
65 pseudowissenschaftlicher Behandlungen

66 - Bessere Vergütung sprechender Medizin in der (haus-)ärztlichen Versorgung

67 - Förderung der Forschung über einen ethischen Einsatz von Placebos in der  
68 medizinischen Praxis

69 Denn nur so kann echter Patient\*innenschutz aussehen!

**Begründung**

erfolgt mündlich

**V-2 2038 ist kein Konsens!**

Antragsteller\*in: Landesvorstand Brandenburg,  
Landesvorstand NRW, Landesvorstand  
Sachsen, Fachforum Ökologie, Anna Peters  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Die Kohlekommission wurde Mitte 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um die  
2 Frage zu klären, ob und wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Im  
3 Januar 2019 wurde beschlossen: 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung.  
4 Das ist uns entschieden zu spät. Nicht die Menschen, die in der Kommission  
5 saßen, müssen die Konsequenzen noch in 50 Jahren ausbaden, sondern wir, die  
6 junge Generation und jene, die schon jetzt die Folgen der Klimakrise spüren.  
7 Deswegen stehen wir Seite an Seite auch mit der "Fridays for future"-Bewegung  
8 und kämpfen gemeinsam für einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 in  
9 Deutschland und 2030 in ganz Europa. Es geht uns um Gerechtigkeit - zwischen  
10 Generationen aber auch schon heute global.

11 Doch auch der Fakt, dass die Bundesregierung nicht den politischen Mut hat,  
12 diese Entscheidung alleine zu fällen, ist an sich schon eine Farce. So hat sie  
13 die Kommission eingesetzt, um den beschlossenen Bericht im Nachhinein als  
14 Konsens aller Beteiligten (also sowohl Energiekonzerne als auch Klimabewegung)  
15 zu verkaufen - es waren aber weder Vertreter\*innen der parlamentarischen  
16 Opposition oder zukünftiger Generationen in der Kommission vertreten. Mit der  
17 Kohlekommission, der durch Scheuer eingeschränkten Verkehrskommission und der von  
18 Seehofer noch nicht einmal eingesetzten Gebäudekommission macht diese Auslagerung von  
19 Entscheidungen gerade in der Klima- und Umweltpolitik Schule. Zusammensetzungen  
20 wie in der Kohlekommission verhindern, dass Opposition und NGOs ihre Rolle als  
21 Impulsgeber\*innen für progressive Politik ausüben können. Wir kritisieren, dass  
22 derartige Modelle in unzureichender Besetzung genutzt werden, um  
23 gesamtgesellschaftliche Konflikte zu befrieden und politische Parteien  
24 versuchen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

**25 Der Kohlekompromiss ist fatal fürs Klima!**

26 Der Abschlussbericht der Kohlekommission sieht nun also einen Ausstieg aus der  
27 Kohle bis spätestens 2038 vor. Ebenfalls wird erwähnt, dass ein Ausstieg  
28 allerfrühestens 2035 stattfinden kann.

29 Es wird also versucht, eine "Mindeshaltbarkeit" des dreckigsten Energieträger  
30 festzulegen - ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen und jener, die schon  
31 jetzt unter den Folgen der Klimakrise leiden. In den Jahren 2023, 2026 und 2029  
32 sollen sogenannte „Bewertungen der Situation“ stattfinden. Diese Bewertungen  
33 sollen überprüfen, ob die Maßnahmen mit Bezug auf Versorgungssicherheit,  
34 Strompreisniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und



35 Strukturentwicklung übereinstimmen und ob das Ausstiegsdatum noch eingehalten  
36 werden kann. Es wird in der Logik der Kohlekommission keinen schnelleren  
37 Ausstieg als 2035 geben und auch ein Anheben der Erneuerbaren-Ziele ist demnach  
38 nicht möglich. Es gibt außerdem keine Möglichkeit den Ausstieg ambitionierter  
39 durchzuführen, selbst dann nicht, wenn die Bundesregierung sich dazu  
40 international verpflichtet. Im europaweiten Vergleich sind Deutschlands  
41 Ausstiegspläne verspätet und verfehlt. Bis 2030 wollen Finnland, Portugal und  
42 die Niederlande die Kohleverstromung einstellen, Italien, Großbritannien und  
43 Österreich bis 2025 und in Schweden und Frankreich sollen schon 2022 die letzten  
44 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Deutschland muss als zentraler Akteur und  
45 Wirtschaftsmacht Verantwortung übernehmen und innovativ handeln!

46 Viele verschiedene wissenschaftliche Szenarien belegen, dass nur ein  
47 Kohleausstieg bis allerspätestens 2030 dazu führt, dass die 1,5-Grad-Grenze  
48 eingehalten werden kann.

49 Ein Verfehlen dieses Ziels würde bedeuten, dass sogenannte „Kipppunkte“ erreicht  
50 werden, die dazu führen, dass irreversible Schäden entstehen (wie z.B. das  
51 bereits beginnende Sterben vieler Korallenriffe, die Meeresströmungen würden  
52 sich weiter verändern und vieles mehr).

53 Die Grüne Jugend setzt sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2025 ein, da  
54 vor allem die Energiewirtschaft der Bereich ist, der am schnellsten  
55 transformiert werden kann. Hier sind die Alternativen wie Wind und Sonne bereits  
56 preiswert und neue Speichertechnologien erleben gerade den Durchbruch.

57 Eine entsprechende Gestaltung politischer Rahmenbedingungen kann zudem eine  
58 Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiegewinnung- und versorgung  
59 ermöglichen. Die Probleme bei der „Stromwende“ wie schleppender Netzausbau oder  
60 hohe Kosten sind nicht technisch, sondern rein politisch verursacht.

61 **Alle Dörfer und Wälder bleiben...**

62 **...in Brandenburg**

63 Im Abschlussbericht der Kohlekommission wird weder der Erhalt des  
64 brandenburgischen Dorfes Proschim angekündigt, noch dem möglichen neuen Tagebau  
65 Welzow Süd II eine Absage erteilt. Wir werten dies als ein klimapolitisches  
66 Armutszeugnis und zudem als eine künstliche Verschärfung der Unsicherheit für  
67 Anwohner\*innen und Unternehmen, die den Strukturwandel massiv erschwert. Die  
68 Landesregierung hat einst versprochen, dass Horno das letzte Dorf gewesen sein  
69 soll, das der Braunkohle in Brandenburg weicht. Wir fordern sie auf, sich an  
70 dieses Versprechen zu halten. Hannelore Wodtke, die in der Kohlekommission die  
71 vielen Anwohner\*innen vertrat, die sich eine grüne Zukunft für die Lausitz  
72 wünschen, hat als einzige gegen den finalen Kompromiss gestimmt. Sie erhält  
73 unsere volle Unterstützung. Wir fordern nicht nur den Erhalt Proschims und eine  
74 klare Absage an neue Tagebaue, sondern wollen auch bereits genehmigte Tagebaue  
75 verkleinern – nicht nur aus klimapolitischen Gründen: Der Wald bei Taubendorf  
76 wird immer weiter für den Tagebau Jänschwalde gerodet, bis die Bewohner\*innen  
77 Taubendorfs eines Tages direkt an der Abbaukante wohnen. Das wollen wir nicht  
78 zulassen und fordern: Der bestehende Rest des Waldes, der Lebensraum, Staub- und  
79 Lärmschutz zugleich ist, soll in Gänze erhalten werden.

80 **...in Sachsen**

81 In Sachsen sind mit Pödelwitz, Obertitz und Mühlrose gleich drei Dörfer akut  
82 durch eine Abaggerung für eine Tagebauerweiterung bedroht. Der Bericht der  
83 Kohlekommission gibt den Bewohner\*innen aber keineswegs Sicherheit für den  
84 Erhalt ihrer Orte für die Zukunft. Vielmehr bleibt der Weiterbestand der Dörfer  
85 eine Hängepartie.

86 Dabei gibt es für Pödelwitz und Obertitz weder zugelassene Rahmenbetriebspläne,  
87 noch einen Genehmigungsantrag dafür. Für den im Bericht der Kohlekommission  
88 vorgesehenen stetigen Kohleausstieg reichen die derzeit genehmigten Tagebaue,  
89 wie der Tagebau Vereinigtes Schleenhain bei Pödelwitz, bei weitem aus. Dass  
90 Dörfer abgebaggert werden sollen, um darüber hinaus Kohle zu gewinnen, bleibt  
91 selbst im Angesicht des beschlossenen Kohleausstiegsdatums, aber auch mit Blick  
92 auf die Pariser Klimaziele, ein sinnloses Vorhaben.

93 Ein entschiedenes Bekenntnis zum Erhalt der Dörfer muss aus der Landesregierung  
94 kommen. Dort stellt man sich aber auf guten Fuß mit den Energieunternehmen LEAG  
95 und MIBRAG. So ist es das sächsische Wirtschaftsministerium, das die LEAG bei  
96 seinen neuen Plänen unterstützt, das Dorf Mühlrose bereits ab April 2019  
97 umzusiedeln - ohne ein bergrechtliches Genehmigungsverfahren für den  
98 betreffenden Tagebau Nochten II abzuwarten.

99 In der Köpfen der sächsischen Landesregierung ist die Tatsache, dass das Ende  
100 der Kohle auch in Sachsen eingeleitet ist, noch nicht vollends angekommen. Wir  
101 fordern die Landesregierung auf, die Tatsachen der Klimakrise und die Interessen  
102 der Einwohner\*innen, die in den von Abaggerung bedrohten Dörfern leben, endlich  
103 Ernst zu nehmen. Der Zukunftswunsch für Sachsen darf nicht sein, dass noch  
104 möglichst lang Kohle abgebaut wird - sondern dass Dörfer erhalten bleiben, ein  
105 Strukturwandel langfristig gelingt und Sachsen seinen Anteil zur Bekämpfung der  
106 Klimakrise leistet.

107 **...in Nordrhein-Westfalen**

108 Das Ergebnis der Kohlekommission ist für die Lausitz völlig unzureichend, für  
109 den Bestand des Hambacher Waldes sowie die Zukunft der verbliebenen  
110 Umsiedlungsdörfer im Rheinischen Revier kann dieser Vorschlag jedoch eine Chance  
111 sein. Denn für die benötigten Abbaumengen, um den Ausstiegsplan der  
112 Kohlekommission umzusetzen, können der Tagebau Garzweiler 2 sowie der Tagebau  
113 Hambach so verkleinert werden, dass keine weitere Waldfläche sowie keine  
114 weiteren Dörfer mehr in Anspruch genommen werden müssen. Die GRÜNE JUGEND  
115 fordert die Nordrhein-Westfälische Landesregierung auf, zwei neue  
116 Leitentscheidungen für die Großtagebaue Hambach und Garzweiler 2 zu fällen. Die  
117 Abbaugrenzen müssen dabei so gezogen werden, dass die Ortschaften Berverath,  
118 Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Manheim und Morschenich sowie  
119 der Hambacher Wald nicht in Anspruch genommen werden.

120 Leitentscheidungen brauchen Zeit. Deshalb dürfen jetzt von RWE keine Fakten  
121 geschaffen werden. Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp aller  
122 Zwangsumsiedlungen, aller Abrissarbeiten, aller Rodungen, Flächen- und  
123 Naturzerstörungen in den Braunkohlerevieren. Auch darf eine Leitentscheidung für  
124 den Tagebau Hambach nicht von einer Aufgabe der Besetzung des Hambacher Waldes

125 abhängig gemacht werden.

126 Der Abschlussbericht der Kohlekommission gibt der NRW-Landesregierung den klaren  
127 Auftrag, einen Prozess zur Zukunft der Umsiedlungsdörfer anzustoßen. Mit den  
128 Menschen vor Ort müssen Pläne für die Zukunft der Dörfer geschmiedet werden. Die  
129 Lösungen für die Dörfer werden sehr individuell ausfallen. In einigen Dörfern  
130 sind erst wenige Menschen umgesiedelt, in anderen lebt kaum noch ein Mensch und  
131 erste Abrissarbeiten haben begonnen. Wichtig ist, dass endlich mit den  
132 Bewohner\*innen der Dörfer geredet wird, über ihre Köpfe hinweg wurde lange genug  
133 entschieden. **Zudem braucht es Strukturhilfe für die Orte, da in diesen**  
134 **jahrzehntlang kaum mehr in die Infrastruktur sowie den Erhalt der Bauwerke**  
135 **investiert wurde.**

136 **Rheinland, Lausitz, und Leipziger Land können mehr als Kohle!**

137 Wir fordern einen Strukturwandel, der weiche Standortfaktoren nicht  
138 vernachlässigt. Eine lebendige Vereinskultur, kulturelle Vielfalt sowie eine  
139 tolerante Zivilgesellschaft sind für Kohleregionen genauso wichtig wie die  
140 sogenannten harten Standortfaktoren – also unter anderem der Mobilfunkausbau und  
141 eine gute Verkehrsanbindung. Funklöcher und langsames Netz darf es in ländlichen  
142 Räumen nicht geben, wenn diese fit für die Zukunft sein wollen. Nicht  
143 profitorientierter, staatlich koordinierter Mobilfunk- und 5G-Ausbau darf daher  
144 kein Tabu sein. Die Ansiedlung von Bundesbehörden in Kohleregionen begrüßen wir,  
145 dennoch können Behördenansiedlungen keine tragenden Säulen des Strukturwandels  
146 sein. Was es braucht, sind Arbeitgeber\*innen aus den Bereichen erneuerbare  
147 Energien und nachhaltige Mobilität, worunter wir vor allem den Bahnverkehr  
148 verstehen. So können zum Beispiel Bahnwerke viele Menschen einstellen, die  
149 derzeit in der Braunkohle beschäftigt sind – sei es die Mechatronikerin, der  
150 Informatiker, die Eisenbahnerin oder der Industriekaufmann. Die  
151 Milliardenzahlungen des Bundes, die in die Kohleregionen fließen sollen, dürfen  
152 unter keinen Umständen für die Rekultivierung der Tagebau Landschaften genutzt  
153 werden, denn dafür sind RWE, LEAG und MIBRAG zuständig. Wir fordern die  
154 Auferlegung von Sicherheitsleistungen nach Bundesberggesetz, sodass die  
155 Energiekonzerne ausreichend Gelder für die Rekultivierung bereitstellen müssen.

156 **Ohne Klimaschutzgesetz geht nix!**

157 Die letzten Jahre deutscher Klimapolitik und das jetzt schon offensichtliche  
158 Verfehlen des Reduktionsziels für 2020 zeigen: Zielsetzungen werden durch die  
159 Große Koalition ignoriert. Deshalb braucht es ein Klimaschutzgesetz - nur so  
160 kann sichergestellt werden, dass diese Zielsetzungen verbindlich und notfalls  
161 auch einklagbar sind. Ein Klimaschutzgesetz sorgt nicht nur für Verbindlichkeit  
162 - es stellt auch einen Hebel gegenüber mächtigen Akteur\*innen wie dem fossilen  
163 Sektor dar. Ebenfalls ist ein Klimaschutzgesetz daneben die notwendige  
164 Konsequenz aus den Ergebnissen der Kohlekommission. Die Ergebnisse der  
165 Kommission bedeuteten aber auch, dass es ein Kohleausstiegsgesetz braucht.  
166 Zugleich stellt es eine Möglichkeit dar, den völlig unzureichenden Ausstiegspfad  
167 nachzuschärfen. Die Trennung des Maßnahmengesetzes zum Strukturwandel vom  
168 Klimaschutzgesetz kann sich hier als problematisch erweisen. Für uns muss ein  
169 Gesetz zum Strukturwandel die oben genannten Leitlinien enthalten und im Kontext  
170 des Klimaschutzgesetzes entwickelt werden.

171 Das durch das Bundesumweltministerium vorgeschlagene Klimaschutzgesetz ist ein

172 erster Ansatzpunkt für eine ambitionierte und verbindliche Klimaschutzpolitik in  
173 Deutschland. So sollen ein nicht aufweichbarer Ausstiegspfad festgeschrieben  
174 werden und Ministerien die Verantwortung für das Erreichen von jährlichen  
175 Emissionsreduktionen in den entsprechenden Sektoren sicherstellen. Aus  
176 Perspektive der GRÜNEN JUGEND müssen die Ausstiegspfade deutlich nachgeschärft  
177 werden: Sie sind nicht mit einem Ausstiegspfad vereinbar, der ein Einhalten der  
178 1,5°C-Grenzen ermöglicht.

179 Der vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich immer noch nicht am 1,5°C-Ziel,  
180 sondern folgt den unzureichenden Zielsetzungen des Klimaschutzplans.

181 Darüber hinaus darf die Trennung der Sektoren durch die Verantwortung in den  
182 einzelnen Ministerien nicht verhindern, dass Sektoren zusammengedacht werden.  
183 Ein weiteres Element des Vorschlags ist die Zahlung von Strafen für nicht  
184 erreichte Emissionsreduktionen aus den Budgets der Ministerien durch den Zukauf  
185 von Emissionszertifikaten aus dem Europäischen Emissionshandel. Damit kann zwar  
186 letztlich auch eine Ausweitung des Emissionshandels in Deutschland auf bisher  
187 ausgeschlossene Betriebe erreicht werden - es löst aber nicht die fundamentalen  
188 Probleme, vor denen der Emissionshandel selber steht und dessen mögliche  
189 Integration in einen globalen Emissionshandel. Wir schließen uns daher  
190 Forderungen nach der Einführung einer Steuer basierend auf dem Ausstoß der CO<sub>2</sub>-  
191 Äquivalente für Unternehmen an. Der Markt bringt es nicht.

192 **Bis zum Kohleausstieg und noch viel, viel weiter!**

193 Das Ergebnis der Kohlekommission ist kein Konsens, sondern verletzt  
194 Menschenrechte und ermöglicht keine lebenswerte Zukunft. Doch neben einem  
195 Ausstieg aus der Kohle bis 2025 müssen auch die Folgen des Kohleabbaus sowie  
196 dessen Beendigung mitgedacht werden. Allerdings reicht alleine ein Kohleausstieg  
197 nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen - Mobilität und Landwirtschaft  
198 sind nur zwei Aspekte, die maßgeblich zur Klimakrise beitragen. Sie sind noch  
199 enger mit unserer Lebensweise [also sowohl Produktion als auch Konsum] verknüpft  
200 als Kohle. Die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung werden angesichts dessen  
201 intensiver werden. Ob Fridays For Future oder Ende Gelände - wir verstehen uns  
202 als Teil dieser Bewegungen und zeigen uns solidarischen mit jenen Akteur\*innen,  
203 die Gesetze übertreten. Die symbolische Stärke der Aktionsformen können wir in  
204 allen Bereichen anwenden. Deshalb solidarisieren wir uns mit Aktionen, die  
205 zivilen Ungehorsam auch in die Bereiche Mobilität und Landwirtschaft tragen  
206 wollen.

207 Wir stehen als GRÜNE JUGEND in der Pflicht, die Forderungen des  
208 zivilgesellschaftlichen Protests in unsere Partei und in das Parlament zu  
209 tragen. Wir müssen unbequem bleiben und auch innerhalb unserer eigenen Partei  
210 den Druck aufbauen, konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen vorzulegen, um der  
211 Klimakrise entschlossen entgegenzutreten.

**V-3 Impfungen für Alle - und zwar kostenlos!**

Antragsteller\*in: Landesvorstand Niedersachsen,  
Landesvorstand Berlin, Landesvorstand  
Sachsen-Anhalt, Daniela Ehlers, Sebastian  
Hansen, Marcel Ernst, Paul Meyer-Dunker,  
Linus Jünemann

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gesetzte Ziel bis 2015 die Masern  
2 in Europa auszurotten ist aufgrund zu geringer Impfquoten gescheitert. Statt  
3 einem Rückgang der Erkrankungen gibt es einen Anstieg sowohl der  
4 Erkranktenzahlen als auch der Todesfälle. Vor allem die Ballungsräume sind von  
5 einem Anstieg der potentiell tödlich endenden Krankheit betroffen.

6 Impfkritik schadet Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung!

7 Eltern verweigern häufig Impfungen an sich und ihren Kindern aufgrund von  
8 Unwissen, aber auch teilweise aus esoterischen, verschwörungstheoretischen oder  
9 pseudowissenschaftlichen Gründen. Damit gefährden sie nicht nur die Gesundheit  
10 ihrer eigenen Kinder, sondern auch die Gesundheit der Schwächsten der  
11 Gesellschaft, die nicht geimpft werden können und auf hohe Impfraten und die  
12 damit verbundene Herdenimmunität vertrauen müssen, etwa Menschen mit  
13 Immunerkrankungen und Kinder im Säuglingsalter. Impfgegner\*innen behindern so  
14 die Ausrottung vieler schwerer Infektionskrankheiten wie die der Masern. Die WHO  
15 hat daher mangelnde Impfbereitschaft zu einem der zehn größten globalen  
16 Gesundheitsrisiken ernannt.

17 Um Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung abzubauen, muss die Aufklärung  
18 über den wissenschaftlichen Stand der Nutzen und Risiken von Impfungen verstärkt  
19 werden. Allein durch Aufklärung wird allerdings keine hinreichend hohe Impfquote  
20 erreicht werden können, da viele Impfgegner\*innen an längst widerlegte  
21 unwissenschaftliche Studien glauben, wie etwa, dass Impfungen Autismus  
22 verursachen, oder der falschen Überzeugung sind, dass Impfungen nicht notwendig  
23 seien und nur der Pharmaindustrie nützten. Erst Anfang dieses Jahres bestätigte  
24 eine ausführliche Studie mit 650.000 Kindern in Dänemark, dass die Impfungen für  
25 Masern, Mumps und Röteln das Risiko für Autismus nicht erhöht.

26 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine Impfpflicht vor dem Eintritt in  
27 öffentlichen Kindertagesstätten, Kindergärten oder Schulen, beziehungsweise der  
28 Ausgabe von KiTa-Gutscheinen. Bei einer solchen Pflicht muss selbstverständlich  
29 Rücksicht auf medizinische Ausnahmen wie Immunerkrankungen genommen werden. Eine  
30 Impfpflicht stellt natürlich einen Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der  
31 Eltern dar. Da aber auf der anderen Seite eine Nicht-Impfung die Gesundheit  
32 sowohl der eigenen Kinder, als auch die Gesundheit derjenigen Personen, die

33 nicht geimpft werden können, gefährdet, ist eine solche Maßnahme in der Abwägung  
34 gerechtfertigt.

35 Die Ständige Impfkommission (STIKO), die heute unter anderem Standardimpfungen  
36 empfiehlt, soll diejenigen Krankheiten erarbeiten, bei denen aufgrund einer zu  
37 geringen Impfquote eine Impfpflicht geboten ist. Um eine solche Maßnahme auch  
38 effektiv umzusetzen, könnten im Falle einer nicht-vollständigen Immunisierung  
39 des Kindes Geldstrafen erfolgen. Über diese Empfehlungen hat in jedem Einzelfall  
40 der Bundestag als legislatives Gremium zu befinden.

41 Ein Vorbild hierfür bietet die Pockenimpfung, die bis 1975 auch in Deutschland  
42 verbindlich war und dank derer die Pocken weltweit ausgerottet werden konnten.  
43 In vielen Ländern existiert heute eine Impfpflicht, was zu einem deutlichen  
44 Anstieg der Impfquoten geführt hat: In Australien konnte die Rate von 75% auf  
45 94% erhöht werden, indem die Auszahlung staatlicher Leistungen von der Impfung  
46 der Kinder abhängig gemacht wurde.

47 Wir fordern zudem eine Kostenfreiheit von allen in Europa gängigen  
48 Schutzimpfungen auch für Menschen nach dem 18. Lebensjahr.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**V-4 Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!**

Antragsteller\*in: Jonas Graeber, Daniela Ehlers, Bela  
Mittelstädt, Mirjam Körner  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

**Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!**

Unsere Welt wird immer größer, bunter und vielseitiger - gleichzeitig gewinnen Diskurse über "Sicherheitsgefühl", "potenzielle Täter\*innen" und "Terrorismus" stets mehr die Oberhand. Wir beobachten, wie in ganz Deutschland Polizeigesetze verschärft werden und die Debatte über sogenannte "linksradikale Gewalt" und "islamistischen Terror" an Fahrtwind gewinnt und die Gesellschaft spaltet.

**Mehr Kontrolle ist nicht gleich mehr Sicherheit!**

Zum bestehenden Diskurs der Härte kommt die Intensivierung von Datenspeicherung und die Idee der größtmöglichen Kontrolle des öffentlichen Lebens hinzu: Individual- und Grundrechte werden dem emotional besetzten "Sicherheitsgefühl" geopfert. Dass reale Sicherheit dabei nicht wächst, bleibt unbeachtet. So führte beispielsweise das Staatsversagen im Fall Amri nicht etwa dazu, dass endlich die lange geforderte Abschaffung des Verfassungsschutzes kommt, sondern trägt dazu bei, dass ein Generalverdacht alle migrantisch aussehenden Mitmenschen trifft und die Befugnisse der landes- und bundespolizeilichen Behörden vielfach ausgeweitet werden.

Der Wunsch nach absoluter Sicherheit ist dabei jedoch völlig illusorisch und niemals erreichbar. Allerdings beobachten wir, dass auf Basis dieses Wunsches tiefgreifende Rechtseingriffe geschehen. Mit der Konstruktion der "drohenden Gefahr" oder von "gefährlichen Plätzen und Orten" haben sich die "Sicherheitsbehörden" Instrumente geschaffen, mittels derer sie willkürlich eine Politik der Härte durchsetzen können: eine Politik, die verstärkt Menschen trifft, die ohnehin schon diskriminiert werden.

Dabei sind die realen Sicherheitsprobleme in unserer Gesellschaft durchaus vorhanden, die bisherige Innenpolitik, mit einem überforderten Innen- und Heimatminister in der Regierung, schafft es jedoch nicht, Lösungen anzubieten, die Kriminalität und Diskriminierung entgegenwirken, auch bevor diese entstehen.

Wir als GRÜNE JUGEND wollen deswegen ein solidarischeres und emanzipatorischeres Verständnis von Innenpolitik entwickeln, das die Kraft hat, als positive Erzählung dem Diskurs der Angst und Härte entgegenzustehen und welches wir in Partei und Gesellschaft tragen wollen:

**Wo wollen wir hin?**

Gerade im Diskurs der Sicherheit bleibt für uns eine freie Gesellschaft von oberster Priorität. Das betrifft nicht nur Möglichkeiten der freien Bewegung,

43 Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf informationelle  
44 Selbstbestimmung; sondern es soll hier auch um eine Gesellschaft gehen, die frei  
45 von Angst, Armut und Diskriminierung der Utopie eines schönen Lebens für alle  
46 näher kommt.

47

#### 48 **Wie kommen wir dahin?**

49

50 Eine Neuordnung der Innenpolitik verlangt ein Neudenken in vielen Bereichen: in  
51 Sachen Recht und Rechtsnormen; in Fragen der Antirassismus- und  
52 Antidiskriminierungsarbeit; in Querschnittsthemen wie der Sozialpolitik; und  
53 auch ganz konkret in der Betrachtung innenpolitischer Institutionen. Wir wollen  
54 festlegen, wie ein Gesellschaftsbild aussehen kann, das unseren Forderungen  
55 entspricht und welche Art von Innenpolitik wir bejahen.

56

57 Um diese Ansätze zu Ende denken zu können, braucht es eine tiefgreifende  
58 gesellschaftliche Analyse mit dem Mut, Themen radikal und neu zu denken und sich  
59 unbequemen Fragen zu stellen.

60

#### 61 **Individuelle Freiheit bewahren!**

62

63 Innenpolitik darf niemals nur die ausführende Hand von bestehenden Rechtslagen  
64 sein, sondern muss diese immer und immer wieder hinterfragen! Deswegen  
65 betrachten wir im Folgenden die Rechte von Individuen und Gruppen im komplexen  
66 Konfliktfeld von sicherheits- und innenpolitischen Überlegungen.

67

68 Innenpolitik sollte immer in erster Linie vom Menschen aus gedacht werden. Der  
69 oberste Schutz gilt der prinzipiell immer geltenden Unschuldsvermutung der\*s  
70 Einzelnen. Prämisse der Innenpolitik im Sinne der GRÜNEN JUGEND muss der Schutz  
71 der Grundrechte sein! Das umfasst viele juristische Fragen. Zunächst gilt das  
72 Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung auch heute im  
73 digitalen Zeitalter und sollte dementsprechend dringend eine Revision erfahren.  
74 Wir wollen das Versprechen auf das Recht an den eigenen Daten erneuern! Eine  
75 wichtige Rolle spielen hier auch die umstrittenen biometrischen Pässe. Die GRÜNE  
76 JUGEND will deren Benutzung binnen EU-Gesetzen abschaffen. Wir verhindern die  
77 totale Kontrollierbarkeit des Individuums!

78

79 Ebenso schützenswert ist das Post- und Fernmeldegeheimnis, auch und gerade in  
80 Hinsicht auf aktuelle Entwicklungen und angesichts von "Sicherheitsbehörden",  
81 die ohne vorherige Beweislast private Gespräche abhören bzw. mitlesen. Neben  
82 Post und digitalem Datenverkehr muss auch die Unverletzlichkeit der Wohnung und  
83 des eigenen Körpers gelten - so sollten Leibesvisitationen durch die  
84 Staatsgewalt nur mit Beweislast erlaubt sein!

85

86 Schützenswert sind gesellschaftliche, ethnische, religiöse und andere  
87 Minderheiten. Insbesondere nicht-weiße Menschen stehen in Deutschland noch immer  
88 und manchmal auch stets mehr unter Generalverdacht. Die GRÜNE JUGEND fordert ein  
89 Ende des Racial Profiling u. a. durch die Streichung des Ausdrucks "oder  
90 grenzpolizeilicher Erfahrung" aus BPolG §22 (1). Innenpolitik ist immer auch  
91 Asylpolitik: die GRÜNE JUGEND fordert hier eine Erneuerung des unveräußerlichen  
92 Grundrechts auf Asyl, sodass das Schutzbedürfnis der Geflüchteten endlich im  
93 Fokus steht!

94

#### 95 **Aktivist\*innen schützen!**

96

97 Wir als GRÜNE JUGEND wollen eine aktive Gesellschaft. Wir fördern Menschen die  
98 sich politisch und gesellschaftlich engagieren, wir wollen eine freie Debatte in



99 Politik, Medien und Gesellschaft. Diese Debatte soll auch auf der Straße  
100 stattfinden. Deshalb ist die nach Artikel 8 des Grundgesetzes garantierte  
101 Versammlungsfreiheit von hoher Bedeutung für uns. Um diese zu schützen, fordern  
102 wir einen Umbau des Versammlungsgesetzes: ein Verbot von Polizeihunden und -  
103 pferden bei Großdemonstrationen, die Entkriminalisierung von Sitzblockaden, ein  
104 Verbot von chemischen Reizstoffen bei Demos und ein Ende des Verbotes von  
105 Vermummung und sogenannter passiver Bewaffnung!

106  
107 Es kann nicht sein, dass Vermummung bei religiösen Festen oder zu anderen  
108 Anlässen erlaubt ist, sie aber insbesondere Aktivist\*innen auf Anti-Nazi-Demos  
109 nicht schützen darf. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND die Außerkraftsetzung der  
110 §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a im Versammlungsgesetz.  
111 Der §114 "Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte", welcher nach den G20-  
112 Protesten eingeführt wurde, soll umgehend ersatzlos gestrichen werden.

113

#### 114 **Fragen von Staatlichkeit**

115

116 Die GRÜNE JUGEND betrachtet die sogenannte "Staatshoheit" oder "Staatsgewalt"  
117 kritisch. Utopisch kämpfen wir für die Abschaffung aller Staaten und Grenzen -  
118 daher kann ein Staat für uns nur eine vorübergehende Situation darstellen. Dabei  
119 unterscheiden wir den Staat klar von der 'Nation', welche wir ablehnen. Wir  
120 sehen Staatlichkeit selbst als ein einengendes und exkludierendes Konzept,  
121 weshalb das Augenmerk jeglicher staatlicher Gewalt immer auf das Individuum und  
122 benachteiligte Gruppen gelenkt werden muss. Im Kern ist Staatlichkeit für die  
123 GRÜNE JUGEND ein grundlegendes Konzept der Ordnung von menschlichem Miteinander.

124

125 Damit sehen wir den Staat als eine Verwaltungseinheit, die alle schützt - kein  
126 Mehrheitenrecht, sondern ein Minderheitenrecht! - und der Möglichkeiten für alle  
127 Individuen schafft, ein freies und schönes Leben zu führen. Er sorgt durch  
128 individuelle und informationelle Freiheit für die Basis einer demokratischen  
129 Gesellschaft.

130

#### 131 **Polizeiliche Gewalt einschränken!**

132

133 Für uns als GRÜNE JUGEND ist das föderale Prinzip, besonders in der  
134 Innenpolitik, bedeutend. Wegen der Erfahrungen aus der Zeit der  
135 nationalsozialistischen Diktatur unterstützen wir das Verorten der Polizei in  
136 erster Linie auf Landesebene. Aus den gleichen Erfahrungen heraus fordert die  
137 GRÜNE JUGEND ebenfalls: die Trennung Militär - Geheimdienst - Polizei muss  
138 aufrecht erhalten werden! Daraus ergibt sich die klare Ablehnung der aktuellen  
139 Polizeigesetzreformen, die polizeiliche Befugnisse ausweiten und ihre Ausrüstung  
140 verstärken und sie somit militarisieren. Außerdem lehnen wir diese aktuellen  
141 Entwicklungen ab, da sie mit äußerst diffusen Gefahrenbegriffen und dem  
142 Gefährder\*innen-Begriff arbeiten, welche effektiv dazu führen, dass die  
143 polizeiliche Arbeit noch vor dem konkreten Verdacht stattfinden soll und sie  
144 dafür gleichzeitig mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgerüstet werden soll.

145

146 Auch verurteilt die GRÜNE JUGEND den aufgeblähten Sicherheitsapparat im  
147 Allgemeinen. Die verschiedenen Nachrichtendienste in Verbindung mit 16  
148 Landespolizeien und 1 Bundespolizei haben überschreitende und sich gegenseitig  
149 einschränkende Kompetenzen, die klar neu sortiert werden müssen. Außerdem  
150 braucht das Parlamentarische Kontrollgremium mehr Reichweite und Kompetenzen, um  
151 diese Dienste effektiv kontrollieren und in ihre Arbeitsweise Einblick gewinnen  
152 zu können.

153

#### 154 **"Kriminalität" neu denken**

155  
156 Die GRÜNE JUGEND fordert eine Revision der Justiz: alte Nazi-Gesetze wie Zum  
157 Beispiel die Paragraphen 211 und 219 des Strafgesetzbuches gehören dabei  
158 abgeschafft. Im § 211, verfasst vom damaligen NS-Staatssekretär Roland Freisler,  
159 werden "Mördern" Charaktereigenschaften zugeschrieben. Die ebenfalls dort  
160 aufzufindende Trennung zwischen 'Mord', 'Totschlag' und 'besonders schwerem  
161 Totschlag' aus Nazizeiten ist nicht haltbar und muss abgeschafft werden.  
162  
163 Wir, die GRÜNE JUGEND, fordern, Kriminalität neu zu denken. Wir wollen eine  
164 verbandsinterne und gesellschaftliche Debatte anstoßen, die sich mit der Frage  
165 von Kriminalität, "kriminellen Eigenschaften", Schuld und insbesondere Bestrafung  
166 beschäftigt. Dabei soll der Fokus auf die Frage gelenkt werden; wie Polizei,  
167 unsere Sicherheitsarchitektur und die Mehrheitsgesellschaft Kriminalität  
168 konstruieren und das vermeintlich "Unnormale" dabei zu kriminellen Handlungen  
169 erklären.  
170  
171 Des Weiteren fordern wir die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten - zum  
172 Beispiel "schwarz fahren" in öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine  
173 Ordnungswidrigkeit und kein Verbrechen! Außerdem bleiben wir bei der Forderung  
174 nach einer Legalisierung aller Drogen. 'Weiche' Drogen wie Cannabis sollen damit  
175 konsumierbar werden, bei "harten" Drogen wird damit eine bessere  
176 Qualitätskontrolle und Nachvollziehbarkeit des Handels möglich.  
177  
178 **Keine Ruhe dem Rassismus und der Menschenfeindlichkeit!**  
179  
180 Nicht zuletzt die bekannten Mitte-Studien (zuletzt Autoritarismus-Studie) der  
181 Universität Leipzig zeigten ein ums andere Jahr: die Gesellschaft in der  
182 Bunderepublik hat ein Problem. Es manifestiert sich in gruppenbezogener  
183 Menschenfeindlichkeit, Autoritarismus und Nationalismus. Was viele  
184 Antifaschist\*innen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen schon seit  
185 Jahrzehnten wissen, zeigt sich immer wieder auch in wissenschaftlich messbaren  
186 Zahlen. Die Studien ergeben seit Jahren gleichbleibend hohe Zustimmung zu  
187 autoritären, rassistischen und antisemitischen Aussagen.  
188  
189 **Menschenfeindliche Ideologien benennen und einordnen**  
190  
191 Dass das nicht nur die Einstellungen einer vernachlässigbaren und  
192 bemitleidenswerten Minderheit sind, oder die Verbreitung von Rassismus nur ein  
193 zweitrangiges Problem ist, zeigt die alltägliche Diskriminierung und  
194 Ausgrenzung, die etwa Migrant\*innen, Muslim\*innen oder Homosexuelle und Trans  
195 jeden Tag erleben müssen. Solche Einstellungen begünstigen direkt und indirekt  
196 Hetze, Pöbeleien bis hin zu körperlicher Gewalt und rechten Morden. In der  
197 gesellschaftlichen Debatte spielt diese Dimension von Ausgrenzung und Rassismus  
198 und vor allem die Grundlagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine viel zu  
199 geringe Rolle. Sowohl in der Wahrnehmung als auch in der gesellschaftlichen und  
200 wissenschaftlichen Auseinandersetzung.  
201  
202 Die gesellschaftliche Debatte beschränkt sich viel zu häufig auf die unhaltbare  
203 Extremismustheorie. Mit der Beschränkung auf die oft als gleichwertig  
204 angesehenen Phänomenbereiche "Linksextremismus", "Rechtsextremismus",  
205 "Islamismus" und "Ausländerextremismus" werden nicht nur völlig unterschiedliche  
206 Phänomene in einen Topf geworfen. Der Begriff "Extremist\*in" wird des Weiteren  
207 viel zu häufig als Legitimation für Repression und Ausgrenzung radikal-  
208 emanzipatorischer Positionen genutzt. Wir als GRÜNE JUGEND lehnen diese  
209 Extremismusbegriffe ab.  
210

211 Um endlich die ideologischen Grundlagen von gruppenbezogener  
212 Menschenfeindlichkeit und die Auslöser von Gewalt identifizieren zu können,  
213 braucht es mehr Mittel für die wissenschaftliche Untersuchung. Auf dessen  
214 Grundlage muss die Debatte endlich gestellt werden! Rassismus, Ausgrenzung und  
215 Diskriminierung müssen benannt und als Teil der aktuellen gesellschaftlichen  
216 Verfassung anerkannt anstatt als diffuser "Extremismus" relativiert werden.

217

### 218 **Zivilgesellschaft stärken!**

219

220 Wenn heute in der Bundesrepublik rechte Gewalt und Rassismus benannt wird, sind  
221 es nie die staatlichen Behörden, die eine Debatte anstoßen oder Entwicklungen  
222 öffentlich machen. Viele antifaschistische Gruppen, Initiativen und Vereine  
223 organisieren jeden Tag Vorträge, Mahnwachen und Demonstrationen gegen  
224 Naziaufmärsche oder Veranstaltungen menschenverachtender Organisationen.

225

226 Damit schaffen sie jeden Tag Freiräume für Migrant\*innen und andere von  
227 Ausgrenzung betroffene Bevölkerungsgruppen und machen eine Diskussion über  
228 menschenfeindliche Ideologien - und was dagegen zu tun ist - erst möglich.  
229 Leider haben sie oft mit vielerlei Hürden zu kämpfen. Die Sichtbarmachung von  
230 alltäglicher Diskriminierung oder rechter Gewalt ist unpopulär und wird häufig  
231 nicht angemessen unterstützt. Neben dem Ausbau finanzieller Ausstattung müssen  
232 auch Hürden der zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Arbeit abgebaut  
233 werden.

234

235 Die GRÜNE JUGEND fordert:

236 • Antifaschistische Initiativen und Gruppen müssen in der Gesellschaft gehört  
237 und ernstgenommen werden. Sie sind ein Frühwarnsystem bei der Erfassung  
238 gefährlicher Entwicklungen. Ein Austausch von Sicherheitsbehörden und Politik  
239 muss geschaffen und institutionalisiert werden.

240 • Der Zugang zu Fördergeldern für Vereine und andere Organisationsformen muss  
241 erleichtert, die abzurufenen Mittel müssen ausgebaut werden.

242 • Förderprogramme, wie das Bundesprogramm "Demokratie Leben",  
243 Radikalisierungspräventions- und Austeiger\*innenprogramme müssen massiv auf  
244 allen politischen Ebenen ausgebaut werden.

245 • Damit Zivilgesellschaft und antifaschistische Initiativen staatliches Handeln  
246 bewerten und möglichst barrierefrei an öffentliche Informationen kommen können,  
247 müssen Bürger\*innen die Möglichkeit haben Auskunft von staatlichen Institutionen  
248 zu erhalten.

249 • Antifaschistischer Protest darf nicht weiter kriminalisiert werden. Weitere  
250 Strafrechtserschärfungen lehnen wir ab.

251 • Eine Verpflichtung antifaschistischer Initiativen, sich bei Anträgen auf  
252 Förderprogramme oder bei amtlichen Eintragungen zur FDGO (freiheitlich-  
253 demokratischen Grundordnung) bekennen zu müssen lehnen wir ab. Damit wird ein  
254 Bekenntnis zu einem diffusen und noch dazu umstrittenen Rechtsbegriff verlangt,  
255 der wie die Extremismustheorie eine Gleichsetzung völlig unterschiedlicher  
256 politischer Strömungen voraussetzt.

257 **Demokratiebildung stärken**

258  
259 Zentrale Aufgabe von politischer Bildung ist es, die Verbreitung von  
260 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Wiederholung von Verbrechen gegen  
261 die Menschlichkeit zu verhindern und die Teilhabe an demokratischen  
262 Willensbildungsprozessen zu ermöglichen. Demokratische Partizipation und damit  
263 Teilhabe aller Bürger\*innen an der Gesellschaft wird durch eine vielfältige  
264 Medienlandschaft ermöglicht. Diese muss auch in der digitalisierten Gesellschaft  
265 aktiv erhalten werden.

266  
267 Die GRÜNE JUGEND fordert:

268 • Demokratiebildung und die kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus,  
269 Rassismus und Diskriminierung als von Beginn an zentraler Bestandteil der  
270 Bildungslaufbahn.

271 • Wir wollen die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung ausbauen und  
272 strukturell stärken.

273 • Auch auf europäischer Ebene soll eine Institution zur Stärkung von Demokratie  
274 und Grundrechten mittels politischer Bildung geschaffen werden.

275 • Staatliche Unterstützung für unabhängige Medien und Journalist\*innen, welche  
276 darauf angewiesen sind - Die Vielfalt der Medienlandschaft darf nicht der  
277 Willkür des Marktes überlassen werden!

278 **Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden**

279  
280 Rassismus, Diskriminierung und Autoritarismus sind auch und besonders ein  
281 zentrales Problem deutscher Sicherheitsbehörden und -strukturen. Dies zeigte  
282 sich nicht zuletzt beim Umgang staatlicher Behörden und der Politik mit  
283 Rechtsterrorismus, wie etwa im Fall des NSU. Nicht nur Verfassungsschutzbehörden  
284 und Polizei haben sich hier als unfähig erwiesen auf Gefahr von Rechts  
285 angemessen reagieren zu können. Auch Staatsanwaltschaften, Gerichte,  
286 verschiedene Medien und Politiker\*innen haben vorhandene Informationen nicht  
287 genutzt oder vielfach unbewusst, häufig aber auch bewusst falsch bewertet. Wie  
288 etwa der Fall "Hanniball" und sein rechtsterroristisches Netzwerk zeigen, wurden  
289 die nötigen Konsequenzen bis heute nicht gezogen. Aufklärung wurde immer wieder  
290 aktiv verhindert.

291  
292 Sicherheitsbehörden, wie die Polizei, sind schon immer ein besonderer  
293 Anziehungspunkt für autoritäre Charaktere und Ideologien der Ungleichwertigkeit  
294 gewesen. Dies ist im Bereich der Inneren Sicherheit besonders problematisch, da  
295 Gewalt und Ausgrenzung immer zuerst marginalisierte Gruppen treffen und Behörden  
296 wie Polizei oder Verfassungsschutz eine hohe Definitionshoheit über die  
297 Entwicklung und Bewertung von Kriminalität besitzen. Rassismus, Hetze, Gewalt  
298 von Rechts und Hasskriminalität werden nur sehr unzureichend erfasst. Das liegt  
299 zum einen an der mangelnden Bereitschaft, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit  
300 als solche zu benennen. Zum Anderen leiden die Kriminalstatistiken in  
301 Deutschland an einigen strukturellen Problemen.

302  
303 Die GRÜNE JUGEND fordert:

- 304 • Der kriminalpolizeiliche Meldedienst für politisch motivierte Gewalt (KPM-  
305 PMK) muss reformiert werden. Rassistische und menschenverachtende  
306 Tatmotivationen müssen besser berücksichtigt werden und eine nachträgliche  
307 Änderung bei neuen Erkenntnissen soll erleichtert werden.
- 308 • Beamt\*innen müssen laufend fortgebildet werden, um Hasskriminalität und die  
309 ideologischen Grundlagen der Tatmotivation sicher erkennen zu können.
- 310 • Die Tatmotivation Hasskriminalität muss in der juristischen Aufarbeitung von  
311 Straftaten eine größere Rolle spielen als heute.
- 312 • Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa die Amadeu Antonio  
313 Stiftung, kommen bei der Zählung von rechten Morden zu völlig unterschiedlichen  
314 Zahlen. Wir fordern unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, in den  
315 Bundesländern und auf Bundesebene, zur Aufarbeitung und Neubewertung der Fälle,  
316 die in Auftrag gegeben werden müssen.
- 317 • Der NSU-Komplex oder auch das Oktoberfest-Attentat sind Beispiele für rechten  
318 Terror in Deutschland. Ihre Aufarbeitung geht nur schleppend voran und wird  
319 immer wieder sabotiert. Wir fordern: keinen Schlusstrich und kein Ende der  
320 Aufklärung! Nichts wird vergeben! - Niemand wird vergessen!
- 321 • Die Einrichtung und ausreichende Ausstattung von Beauftragten gegen  
322 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene.
- 323 • Es soll flächendeckend Möglichkeiten geben, etwa antisemitische Vorfälle  
324 barrierearm und anonym melden zu können. Denn eine Anzeige zu stellen ist für  
325 Betroffene häufig eine große Barriere, die die Sichtbarkeit von rechten  
326 Übergriffen verringert und die sich im Graubereich des Strafbaren bewegenden  
327 Ausfälle gegen Minderheiten noch weiter schmälert.
- 328 • Rechter Terror ist eine sehr reale Bedrohung für viele Menschen in Europa. In  
329 der öffentlichen Debatte spielt er jedoch nur selten eine zentrale Rolle. Das  
330 muss sich ändern!
- 331 • Mitarbeiter\*innen staatlicher Organe haben eine besonders hohe Verantwortung.  
332 Menschenfeindliche Ideologie darf keine Auswirkungen auf staatliches Handeln mit  
333 sich ziehen. Diskriminierungsfreiheit und Antirassismus müssen zentraler  
334 Bestandteil der Ausbildung von Staatsbediensteten sein.

### 335 **Innenpolitik ist nicht nur Polizei und Kameras**

336  
337 Wenn Sinn und Zweck der Innenpolitik ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der  
338 Menschen frei von Angst leben können, müssen wir sie weiter denken, als nur die  
339 Angst davor, Opfer eines Verbrechens zu werden. Angst vor Armut, Angst vor  
340 Abstieg, Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung sind sehr relevante Phänomene  
341 in der heutigen Gesellschaft und gleichzeitig aber auch Motoren von Unsicherheit  
342 und Kriminalität.

### 343 344 **Innenpolitik als Querschnittsthema: Sozialpolitik**

345

346 Dabei kommt vor allem dem Feld der Sozialpolitik, neben vielen weiteren, eine  
347 entscheidende Rolle zu. Denn Armut und Perspektivenmangel sind wesentliche  
348 Faktoren für "klassische" Kriminalität, vor allem Raub und Diebstahl.

349

### 350 **Sozialpolitische Maßnahmen innenpolitisch denken**

351  
352 Bisher werden sozialpolitische Maßnahmen nur als Solche gedacht. Die Ministerien  
353 und oft leider auch die Abgeordneten in der Innen- und der Sozialpolitik  
354 arbeiten aneinander vorbei. Daraus folgt eine unzureichende Abstimmung der  
355 Maßnahmen und Verantwortungsdiffusion, insbesondere für langfristig präventive  
356 sozialpolitische Maßnahmen, welche ein Kern guter Innenpolitik sein könnten.

357

358 Daher müssen sozialpolitische Maßnahmen vor allem darauf überprüft werden, ob  
359 sie Menschen langfristig ein gutes Leben ermöglichen, frei von Angst und Armut,  
360 dann wird auch die Kriminalitätsrate deutlich sinken.

361

362 Ein sehr gutes Beispiel ist hierfür auch die Wohnungspolitik. Die zunehmende  
363 Gentrifizierung, der Bau von Sozial-Wohnungen vor allem am Stadtrand und  
364 Diskriminierung bei der Wohnungssuche führen dazu, dass sich in vielen Städten  
365 Viertel herausbilden, in denen Armut und Benachteiligung aufeinandertreffen und  
366 es zu einem Multiplikationseffekt kommt. Dies wäre jedoch leicht zu verhindern,  
367 ist aber offenbar nicht gewollt.

368

369 Als GRÜNE JUGEND fordern wir daher eine dauerhafte Institutionalisierung der  
370 Zusammenarbeit des Innenministeriums mit betreffenden anderen Ministerien wie  
371 dem BMAS, dem BMFSFJ und dem BMG.

372

373 Gleichzeitig muss sich auch auf parlamentarischer Ebene etwas tun, eine Enquete-  
374 Kommission oder ein parlamentarischer Beirat wären hier mögliche Wege.

375

### 376 **Rassismus und Kapitalismus - 2 Facetten eines Problems**

377  
378 Angst vor Abstieg ist ein wesentlicher Faktor für Diskriminierung und  
379 Ausgrenzung, das haben uns diverse Studien immer wieder gezeigt. Soziale  
380 Deprivation oder die Angst davor führen zur Verstärkung von Gruppenbildung,  
381 Ausgrenzung und in Folge zu Gewalt. Unter sozialer Deprivation verstehen wir die  
382 gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen, insbesondere durch systemische und  
383 strukturelle Prozesse.

384

385 Innenpolitisch folgt daraus, sowohl die reale soziale Deprivation abzubauen, als  
386 auch der auf Angst vor sozialer Deprivation basierenden Diskriminierung etwas  
387 entgegenzusetzen.

388

389 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND

390 - Die Ausgrenzung vieler Menschen durch den Abbau staatlicher Strukturen muss  
391 zurückgedreht werden. Viele Menschen werden vom Staat im Stich gelassen, weil  
392 Krankenhäuser schließen und der Bus nicht mehr fährt. Diese Entwicklung müssen  
393 wir umkehren und uns bewusst machen, dass dieser Abbau staatlicher Strukturen  
394 dazu führt, dass sich Menschen von der Demokratie abwenden und eher dazu bereit  
395 sind, die Schuld auf diskriminierte Gruppen zu schieben.

396 - Unsere Raumpolitik muss sich grundlegend ändern. Die Stadt ist nicht das  
397 Ideal, an dem alles ausgerichtet wird und der Rest fällt hinten runter. Aber  
398 auch in der Stadt müssen wir darauf achten, dass keine Gebiete entstehen, in  
399 denen sich durch soziale Deprivation Hass und Diskriminierung multiplizieren.

400 - Aber auch die Abwertung anderer Gruppen auf Grund der Angst vor sozialer  
401 Deprivation muss abgebaut werden. Dafür müssen wir raus aus der

402 Leistungsgesellschaft, insbesondere aber auch hin zur solidarischen  
403 Begegnungsgesellschaft, in der Begegnungs- und Diskursräume für alle da sind um  
404 gemeinsam an der solidarischen Gesellschaft zu bauen und Erfahrungen im Kontakt  
405 mit vermeintlich anderen Menschen zu machen.

406 - An vielen Stellen greifen Nazis und Faschist\*innen auf Basis mangelnder  
407 Alternativen in Vierteln nach der Diskurshoheit in den Stadtteilen, in dem sie  
408 Jugendzentren betreiben und soziale Treffpunkte organisieren um ihre eigene  
409 Ideologie zu verbreiten. Hier muss hart durchgegriffen werden. Es darf keine  
410 staatlich finanzierten oder offiziell anerkannten sozialen Projekte von  
411 bekannten Nazis geben.

412

### 413 Berlin, wir haben ein Problem!

414

415 Auch institutionell muss sich vieles ändern, um dem von uns angestrebten Ideal  
416 einer Innenpolitik näher zu kommen. Polizei, Justiz und Behörden müssen  
417 großzügig reformiert werden!

418

### 419 **Grundlegende Kritik der Polizei**

420

421 Eine politische Einschätzung der Polizei darf nicht bei der Betrachtung  
422 konkreter Handlungsweisen Halt machen, sondern muss auch das Grundkonstrukt  
423 Polizei und Staatsgewalt mit einbeziehen.

424

425 Dabei ist insbesondere der Gewaltbegriff interessant. Eine der Grundlagen des  
426 modernen Staatsbegriffs ist das Gewaltmonopol. Dieses heißt im Umkehrschluss  
427 aber auch, dass die Interpretation dessen, was Gefahr ist, in der Hand der  
428 Polizei und des Staates und damit implizit in der Hand der Mehrheitsgesellschaft  
429 liegt. Das ist vor allem für diskriminierte Gruppen ein großes Problem, das  
430 institutionell so tief sitzt, dass verständlich ist, wenn bspw. PoC kein  
431 Vertrauen in die Polizei und den Staat haben. In diesem Zusammenhang lehnen wir  
432 das Grundkonzept der "gefährlichen Orte" ab, vor allem auch, da sie in der Regel  
433 von der Polizei bestimmt werden.

434

435 Ein weiteres Grundproblem ist die Orientierung und Beurteilung polizeilicher  
436 Arbeit an konkreten Messziffern. Festnahmequoten sind dafür ein besonders  
437 krasses Beispiel, aber auch die Anzahl durchgeführter Kontrollen sowie weitere  
438 Messziffern sind hoch problematisch. Diese Neoliberalisierung der Polizeiarbeit  
439 lehnen wir entschieden ab. Polizeiliche Arbeit darf niemals an konkreten  
440 Messzahlen polizeilichen Handelns sondern maximal an Zahlen der konkreten  
441 Schadensfälle gemessen werden.

442

443 Außerdem besteht ein Grundproblem bei der Kontrolle der Polizei. Die  
444 Verselbstständigung polizeilichen Handelns, gepaart mit einem Mangel an  
445 Kontrollmechanismen führt dazu, dass viele der im Folgenden beschriebenen  
446 konkreten Probleme nicht konsequent angegangen werden können. Oft gilt der  
447 Grundsatz "Was in der Polizei schief läuft, regelt die Polizei intern." Ein  
448 Grundsatz, der nicht nur mit demokratischen Rechtsstaatprinzipien unvereinbar  
449 ist, sondern auch dazu führt, dass Polizist\*innen auch für schwere Vergehen in  
450 der Regel ohne größere Konsequenzen davon kommen. Darum brauchen wir in allen  
451 Bundesländern und auf Bundesebene unabhängige Polizeibeauftragte mit einem  
452 großen Personalstab und Ermittlungsbefugnissen, an die sich alle Menschen, auch  
453 Polizist\*innen bei Beschwerden wenden können. Gleichzeitig entsteht Corpsgeist  
454 vor allem in abgeschlossenen Einheiten wie Einsatzhundertschaften und der  
455 Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit.

456

### 457 **Racial Profiling und Rassismus in der Polizei**

458  
459 Für viele PoC und auch für andere marginalisierte Gruppen ist Rassismus in  
460 Deutschland Alltag. Insbesondere betroffen sind sie aber von polizeilichem  
461 Rassismus, der sich besonders in Racial Profiling äußert. Die Kontrolle von PoC  
462 an Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen und sogenannten "gefährlichen Orten" ist an  
463 vielen Stellen eher die Regel als die Ausnahme. Durch die häufigere Kontrolle  
464 werden bei PoC, die, bspw. in Fällen des sogenannten "Ausländerrechts" ohnehin  
465 häufig schon mehr Straftaten begehen können, auch mehr Straftaten festgestellt.  
466 Das führt, neben der sozialpolitischen Ausgrenzung, insbesondere von  
467 Geflüchteten, zu der "Analyse", PoC würden mehr Straftaten begehen, was wiederum  
468 zu mehr Kontrollen führt, usw.

469  
470 Es bleibt die Frage, was dagegen getan werden kann. Einige Lösungsansätze  
471 präsentieren wir oben. Wichtig ist aber auch der Einsatz der Zivilgesellschaft.  
472 Wir solidarisieren uns mit Initiativen gegen rassistische und diskriminierende  
473 Kontrollen und Racial Profiling und rufen dazu auf, selbst tätig zu werden und  
474 einzuschreiten, wenn rassistische und diskriminierende Kontrollen durchgeführt  
475 werden.

476  
477 Daneben muss ein stärkerer Fokus in der Ausbildung und der Dienstaufsicht auf  
478 das Bewusstsein über diskriminierende Denkmuster und Strukturen gelegt werden.  
479

480 Im Übrigen bekräftigen wir unseren Beschluss vom 46. Bundeskongress mit dem  
481 Titel "Strukturellen Rassismus in Polizeiarbeit und Strafrecht bekämpfen!"  
482

### 483 **Bewaffnung und Aufrüstung der Polizei**

484  
485 Viele der Waffen in den Händen der Polizei werden leichtfertig oder verfrüht  
486 eingesetzt. Außerdem ist oft unklar, wann, wie und wo Waffen eingesetzt wurden.  
487 Darum erneuern wir unsere Forderung nach einer grundlegenden  
488 Dokumentationspflicht beim Einsatz von jeglichen Waffen.  
489

490 Außerdem müssen bestimmte Waffen, die auf Grund ihres Wesens als nicht tödlich  
491 angesehen werden, aber tödlich sein können, ganz aus dem Polizeiarsenal  
492 verschwinden. Insbesondere sogenanntes Pfefferspray und Elektrotaser können  
493 tödliche Folgen haben, die Polizist\*innen beim Einsatz aber nicht abschätzen  
494 können. Daher dürfen sie nicht eingesetzt werden.  
495

496 Auch die Entwicklung der neuen Polizeigesetze, dass die Polizei Handgranaten,  
497 auch gegen Menschen, einsetzen darf, lehnen wir entschieden ab.  
498

499 Oft wird das Tragen von Waffen auch mit der Selbstverteidigung gerechtfertigt.  
500 Hier müssen andere Ansätze und Lösungen gefunden werden. Den Ausbau von  
501 Schutzmaßnahmen sowie die Entwicklung von Systemen, die Betroffene nicht  
502 verletzen, unterstützen wir.

503  
504 Den Einsatz von Bodycams lehnen wir grundsätzlich ab. Die zwei existierenden  
505 Modelle setzen grundlegende Eingriffe in die Privatsphäre voraus. Es gibt ein  
506 Modell, bei dem nur die\*der jeweilige Polizist\*in entscheiden kann, ob Aufnahmen  
507 gespeichert werden, dies lehnen wir aus dem offensichtlichen Grund ab, dass  
508 damit Betroffene nicht geschützt werden können. Das zweite Modell, das dauerhaft  
509 aufnimmt, ist ein so grundlegender Eingriff in die Privatsphäre der  
510 Aufgenommenen, dass auch dieses Modell nicht eingesetzt werden sollte. Darüber  
511 hinaus ist in beiden Modellen nicht geklärt, wie die aufgenommenen Daten so  
512 gesichert werden, dass sie nicht für Dritte zugänglich sind aber eben auch nicht  
513 ausschließlich im Gewahrsam der Polizei aufbewahrt werden.



514 **Polizeiliche sogenannte "Präventiv"-Eingriffe**

515  
516 Die massive Ausbreitung von polizeilichen Ermittlungen bereits in das Vorfeld  
517 von eventuell strafrechtlich relevantem Handeln lehnen wir ab. Die Antwort auf  
518 die Abschaffung von Inlandsgeheimdiensten kann nicht die Übertragung der  
519 Befugnisse auf die Polizei sein. Was wir bisher nicht zuletzt aus unserem  
520 Rechtsverständnis abgelehnt haben, wird nicht dadurch richtiger, dass dies durch  
521 die Polizei durchgeführt wird.

522  
523 **Wir reformieren Justiz und Staatsanwaltschaft!**

524  
525 Damit gerade von Diskriminierung betroffene Personen ein Leben frei von Angst  
526 führen können müssen wir auch den Bereich der Justiz und Staatsanwaltschaft  
527 beachten. Gerade beim Erkennen und Benennen von Hasskriminalität nimmt dieser  
528 Bereich eine entscheidende Rolle ein. Dafür ist es nicht nur wichtig, dass es  
529 auch hier Schulungen dazu gibt, sondern die Justiz insgesamt besser finanziell  
530 ausgestaltet wird um die zeitlichen Kapazitäten zu schaffen, Hasskriminalität zu  
531 erkennen und sich vor allem auch den Opfern von dieser ausreichend widmen zu  
532 können. Darüber hinaus müssen wir gerade auch in diesen Bereichen darauf achten,  
533 dass die Diversität der Gesellschaft repräsentiert ist. Eine Frau mit Kopftuch  
534 ist Teil der Gesellschaft und muss daher auch selbstverständlich in einen  
535 Gerichtssaal gehören. Um diese Repräsentanz gewährleisten zu können, müssen wir  
536 diskriminierende Gesetze abschaffen. Auch gerichtliche Konstellationen, die von  
537 vornherein diskriminierend sind, wollen wir abschaffen. Dies betrifft  
538 insbesondere Asylverfahren.

539  
540 **Verfassungsschutz abschaffen, ein für alle Mal**

541  
542 Die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz haben nicht nur in den Fällen  
543 des NSU und Anis Amri immer wieder gezeigt, dass sie nicht vor Leid und Gefahr  
544 schützen, sondern oft im Gegenteil insbesondere rechte Strukturen noch  
545 mitfinanzieren. Das Konzept eines Inlands-Geheimdienstes, der die Aufgabe hat,  
546 das zu schützen, was Konservative als Mehrheitsgesellschaft verstehen, lehnen  
547 wir in aller Deutlichkeit ab. Eine Gesellschaft, wie sie sich der  
548 Verfassungsschutz als demokratiekonform vorstellt, ist eine unfreie und  
549 angepasste Gesellschaft, eine Vorstellung, die wir aus radikal emanzipatorischer  
550 Perspektive deutlich ablehnen.

551  
552 Bis der Verfassungsschutz endlich abgeschafft ist, müssen wir aber auch damit  
553 umgehen, dass er aktuell existiert. Mit diesem Beschluss schließen wir uns dem  
554 der GJ Niedersachsen von 2018 an und fordern als GRÜNE JUGEND:

- 555 - Das Ende des V-Leute-Systems  
556 - Die Auflösung der Beurteilungskriterien "linksextrem", "rechtsextrem" und  
557 "Ausländerextremismus" (sic!) sowohl beim Bundesverfassungsschutz als auch in den  
558 Landesverfassungsschutzämtern und beim Staatsschutz  
559 - Die Überführung der parlamentarischen Kontrolle in die Öffentlichkeit  
560 - Die Entbindung von Aufgaben der Bekämpfung von Spionage

561  
562 **Gegen rechte Strukturen in Bundeswehr und MAD vorgehen!**

563  
564 Zwei zentrale Punkte werden innenpolitisch dauerhaft in Bezug auf die Bundeswehr  
565 diskutiert: Rassistische und rechtsextreme Strukturen innerhalb der Bundeswehr  
566 und die Frage nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Unsere Antwort auf  
567 diese Fragen ist eindeutig:

568  
569 1. Rechtsextreme Strukturen wie das Netzwerk um "Hannibal" oder Franco A. wurden

570 zu lange heruntergespielt, "übersehen" oder zu Einzelfällen deklariert.  
571 Rassismus und Rechtsextremismus werden aber von der autoritären Struktur der  
572 Bundeswehr begünstigt, außerdem zieht sie durch diese Struktur überproportional  
573 Menschen an, die autoritäre Einstellungen ohnehin schon haben. Daraus folgt  
574 zweierlei: Zum Einen muss der Bundeswehr der autoritäre Charakter genommen  
575 werden. Das harte Bestrafungssystem und quälende Ausbildungsmethoden dürfen  
576 nicht mehr angewendet werden. Gleichzeitig müssen rechtsextreme Netzwerke von  
577 Unabhängigen ohne Tabus aufgeklärt werden. Es darf nicht sein, dass  
578 Rechtsextreme Zugang zu Kriegswaffen und scharfer Munition haben.

579  
580 2. Bislang darf die Bundeswehr nur im Fall von Katastrophen und bei "innerem  
581 Notstand" eingesetzt werden. Einer Ausweitung dieser Befugnisse stehen wir  
582 entschieden entgegen. Allerdings kritisieren wir auch die bisher bereits  
583 bestehenden Rechte. Bei G20, Anti-Nazi-Demos und Kohleprotesten haben wir  
584 bereits gesehen, dass vermeintlich Konservative den Traum haben, die Bundeswehr  
585 gegen Aktivist\*innen einzusetzen. Dies, begründet auf dem "Inneren Notstand",  
586 würde bedeuten, die Axt an die Grundfesten der Demokratie zu setzen. Auch die  
587 Regelung für Katastrophenfälle ist für uns kein Grund die Tür für den Einsatz  
588 der Bundeswehr offen zu lassen. Die Aufgaben die dabei aktuell die Bundeswehr  
589 übernimmt können durch einen zivilen Krisendienst angelehnt an das technische  
590 Hilfswerk deutlich besser durchgeführt werden.

591  
592 Der militärische Abschirmdienst ist, so die Selbstbeschreibung, dafür zuständig,  
593 "politischen Extremismus" in der Bundeswehr frühzeitig zu erkennen und die  
594 betreffenden Personen zu beobachten bzw. zu sanktionieren. Er nimmt damit also  
595 de facto die Rolle des Verfassungsschutzes ein. Und analog zum Bundesamt für  
596 Verfassungsschutz hat auch der MAD massive strukturelle Probleme bei der  
597 Bekämpfung rechter Strukturen. Vor allem Verharmlosung und die Tendenz, von  
598 Einzelfällen zu sprechen, sind die zentralen Probleme. Hinzu kommt, dass der MAD  
599 fast ausschließlich aus ehemaligen Soldat\*innen und Mitarbeiter\*innen des  
600 Verteidigungsministeriums besteht, die auf Grund ihrer vorherigen Tätigkeit  
601 keinen neutralen Blick haben. Daher fordern wir, den MAD aufzulösen. Die  
602 Bekämpfung menschenfeindlicher Tendenzen soll in Zukunft durch eine Kooperation  
603 einer zu schaffenden Sonder-Anwalt\*innenschaft, dem wissenschaftlichen Institut  
604 zur Analyse diskriminierender Gewalt und menschenfeindlicher Strukturen und den  
605 allgemeinen Sicherheitsbehörden erfolgen. Die restlichen Aufgaben des MAD können  
606 in die allgemeine Zuständigkeit der Bundeswehr überführt werden.

607

#### 608 **Zukunft des Bundesnachrichtendienstes**

609

610 Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist als Auslandsgeheimdienst in der Theorie  
611 dafür zuständig, Gefahren von außen frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.  
612 Allerdings lassen sich hierbei immer wieder strukturelle und inhaltliche  
613 Probleme feststellen, die nicht zu überwinden sind.

614

615 So hat der BND in der Vergangenheit massiv Rechtsbruch begangen, bspw. durch  
616 nicht rechtmäßige Datenverarbeitung und Datenweitergabe oder die Behinderung der  
617 Kontrolle, das bestätigen auch Bundesdatenschutzbeauftragte. Offenbar scheint  
618 der BND in den letzten Jahren den Versuch unternommen zu haben, Deutschland im  
619 digitalen Zeitalter zu sichern, allerdings lässt sich relativ schnell erkennen,  
620 dass er dafür a) nicht gerüstet ist und b) an der falschen Stelle ansetzt.

621

622 So muss unsere Antwort im Bereich der digitalen Sicherheit statt des massiven  
623 Ausspähens und widerrechtlicher Datenweitergabe doch vor allem eine Antwort der  
624 Sicherheit der Einzelnen und der Behörden vor digitalen Angriffen sein. Dafür  
625 brauchen wir allerdings dringend einen deutlichen Ausbau der digitalen

626 Grundkompetenzen in der gesamten Bevölkerung. Außerdem müssen wir den Weg weg  
627 von proprietärer Software, die oft Sicherheitslücken zulässt oder sogar bewusst  
628 einschleust und hin zu mehr Open Source und Transparenz gehen. Dazu gehört auch,  
629 dass der BND und Partner\*innen keine Sicherheitslücken bewusst herstellen dürfen  
630 um Menschen ausspähen zu können.

631  
632 Um die Probleme bei der Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten in den Griff  
633 zu bekommen, gibt es keine andere Möglichkeit, als diese sukzessiv abzubauen und  
634 stattdessen auf die Zusammenarbeit im Bereich der IT-Infrastruktur zu setzen. So  
635 können wir auch die relevante Infrastruktur besser vor Angriffen schützen.

636  
637 Langfristig müssen wir jedoch grundlegend hinterfragen, ob ein  
638 Auslandsgeheimdienst, insbesondere in Form des BND, notwendig ist. Letztendlich  
639 sind die strukturellen Probleme nämlich so groß, dass bei deren Abbau keine  
640 Handlungsfelder mehr für den BND übrig bleiben, der BND wird damit obsolet und  
641 gehört abgeschafft.

642

#### 643 **Unsere Forderungen an Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Sanitäter\*innen**

644

645 Wenn Innenpolitik heißt, Menschen ein Leben frei von Angst zu ermöglichen, wird  
646 ein Bereich der Innenpolitik häufig vernachlässigt: Die Versorgung von Menschen  
647 in Notfällen und die Prävention, bereits bevor Notfälle passieren können.

648

649 Feuerwehr, THW und Sanitäter\*innen sind grundlegende Säulen der öffentlichen  
650 Daseinsfürsorge und müssen vor allem in die praktisch-präventive Arbeit noch  
651 stärker einbezogen werden. Viel zu häufig werden Dinge wie Brandschutz und  
652 Fluchtwege eher als lästiges Übel denn als sinnvolle Präventionsmaßnahme  
653 wahrgenommen. Hier muss, auch durch die verstärkte praktische Konsultation  
654 dieser Berufsgruppen, ein anderes Bewusstsein geschaffen und ganz praktisch  
655 Hilfe angeboten werden.

656

657 Dafür müssen wir diese Strukturen deutlich besser finanzieren und mehr Menschen  
658 in diese Berufe bringen. Gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten sind es  
659 Strukturen wie die Feuerwehr und Rettungssanitäter\*innen, die in ländlichen  
660 Räumen immer weiter abgebaut werden und wurden, sodass es in Ernstfällen sehr  
661 lange dauern kann, bis Menschen zur Hilfe kommen.

662

663 Bisher wurde dies dann häufig mit dem Konstrukt der freiwilligen Feuerwehr  
664 versucht aufzufangen, die an vielen Orten auch einer der letzten sozialen Räume  
665 ist. Leider sind diese, wie viele andere Räume auch, besonders anfällig für  
666 Diskriminierung und Rassismus. Und deshalb ist es besonders problematisch, dass  
667 die Rettung von Menschen Strukturen obliegt, die in besonderer Weise anfällig  
668 sind für diskriminierende Haltungen. Daher dürfen wir uns nicht länger auf die  
669 Freiwilligen bei der Rettung anderer Menschen verlassen. Hier bedarf es  
670 professioneller Strukturen, die im Zweifelsfall auch deutlich einfacher zur  
671 Rechenschaft gezogen werden können.

672

#### 673 **Ein Leben ohne Angst vor Behörden!**

674

675 Auch in anderen Bereichen des Alltags, die häufig in innenpolitischen Debatten  
676 nicht mitgedacht werden, ist die Frage eines Lebens ohne Angst häufig von  
677 strukturellen Problemlagen abhängig. Im alltäglichen Kontakt mit dem Staat, sei  
678 es beim Bürger\*innenamt, beim Kontakt mit dem Ordnungsamt oder beim Beantragen  
679 des Kitagutscheins beim Jugendamt. In all diesen Bereichen muss es  
680 selbstverständlich sein, dass die Struktur der Mitarbeitenden die Diversität der  
681 Bevölkerung widerspiegelt. Es kann nicht sein, dass ein vermeintlicher

682 Migrationshintergrund dazu führt, dass eine Person vor Behördenbesuchen Angst  
683 hat, dass vermeintlich migrantische Betriebe sehr viel häufiger von  
684 Durchsuchungen des Ordnungsamtes betroffen sind. Denn auch das ist eine, wenn  
685 auch noch seltener als solche wahrgenommene, Form von Racial Profiling! Um dem  
686 entgegenzuwirken muss auch in der Ausbildung und Fortbildung von Ordnungsamt-  
687 und Behördenmitarbeitenden eine klare Schulung gegen Racial Profiling und  
688 anderes diskriminierendes Verhalten wichtiger Bestandteil sein. Darüber hinaus  
689 wollen wir explizit für mehr Vielfalt bei der Auswahl der Mitarbeitenden werben  
690 und strukturelle Diskriminierungen auch in der Einstellungspraxis abschaffen.

#### 691 ***Links und Referenzen***

692  
693 Beschlusslage der GJ Niedersachsen zum Verfassungsschutz, beschlossen auf der  
694 LMV im April 2018: [https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-  
695 der-fehler-liegt-im-system/](https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-der-fehler-liegt-im-system/)  
696  
697 Beschluss vom 46. Bundeskongress der GJ zu Racial Profiling: [https://gruene-  
jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/](https://gruene-<br/>698 jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/)

#### **Begründung**

Erfolgt mündlich

**V-5 Runter von der Matte, raus aus dem Konzertsaal! - Nazi-Strukturen aufdecken und bekämpfen!**

Antragsteller\*in: Landesvorstand Sachsen, Landesvorstand  
Sachsen-Anhalt, Jonas Graeber  
Beschlussdatum: 20.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein antifaschistischer Verband, als solcher müssen wir  
2 immer einen Blick auf aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft, faschistische  
3 Tendenzen und die Entwicklungen der radikalen Rechten haben.

4 Mit diesem Antrag sollen einige der aktuellen Entwicklungen in der Nazi-Szene  
5 aufgezeigt, sowie mögliche Antworten entworfen werden. Dabei haben wir keinen  
6 Anspruch auf Vollständigkeit, dieser Antrag soll aber zur Debatte um aktuelle  
7 Entwicklungen beitragen.

8 Kampfsport

9 Immer wieder wird in letzter Zeit von Kampfsportevents innerhalb der Nazi-Szene  
10 berichtet, auf denen Nazis in Einzel- oder Gruppenkämpfen gegeneinander kämpfen,  
11 vor allem MMA (Mixed Martial Arts) sind hier beliebt.

12 Für die Szene hat dies vor allem vier wesentliche Gründe: Neben der  
13 ideologischen Komponente, möglichst starke, "männliche" Mitglieder zu haben sind  
14 dies drei strukturell hoch problematische:

15 1. Mit der Anbindung an Kampfsportevents findet eine gefährliche Vermischung von  
16 Szenen mit der Kampfsport- und der Hooligan-Szene statt, die es Nazis  
17 ermöglicht, ihr Rekrutierungsumfeld zu erweitern.

18 2. Mit diesen Kämpfen und den daraus resultierenden Eintrittsgeldern, den  
19 Verkäufen von Merchandise und auch dem Sponsoring von einzelnen Gruppen oder  
20 Akteur\*innen finanziert sich die Szene in Teilen.

21 3. Durch das Training und das Kämpfen werden Nazis zu trainierten Kämpfer\*innen  
22 ausgebildet, die auch den "Straßenkampf" gewinnen können sollen. Damit stehen  
23 diese Events auch in der Tradition der Wehrsportgruppe Hoffmann und anderer  
24 terroristischer Vereinigungen.

25 Unser Umgang damit muss an verschiedenen Ebenen ansetzen, da es verschiedene  
26 Hebel gibt, diese Entwicklungen wirksam zu bekämpfen:

27 Ein Hauptgrund, warum diese Events überhaupt so analysiert werden können und wir  
28 viel über sie wissen, ist antifaschistische Recherche. Lokale antifaschistische  
29 Rechercheinitiativen aber vor allem auch die Initiative "Runter von der Matte"  
30 leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir fundiert über Gegenmaßnahmen  
31 debattieren können. Ihnen gilt unsere volle Solidarität, insbesondere, da die  
32 Arbeit oft auch nicht ungefährlich ist und von den "Sicherheitsbehörden"  
33 behindert wird. Mit diesem Antrag stellen wir uns hinter die Ziele der  
34 Initiative "Runter von der Matte" (Ziele in die Begründung) und erklären uns mit  
35 den Aktivist\*innen solidarisch.

36 Auf gesetzgeberischer Ebene kann an verschiedenen Stellen gegen diese  
37 Entwicklungen vorgegangen werden. Wir fordern folgende Änderungen auf Landes-  
38 und Bundesebene:

39 Das Verbot sogenannter Team-Fights, bei denen Gruppen auf besonders martialische  
40 Art gegeneinander kämpfen und die besonders dazu geeignet sind, den  
41 "Straßenkampf" zu simulieren.

42 Die Kopplung der staatlichen Förderung von Sportvereinen im Kampfsportbereich an  
43 die Präsenz von antidiskriminierenden und demokratischen Modulen und  
44 Lehrinhalten

45 Das Verbot von faschistischen und rassistischen Symbolen auf und neben der Matte  
46 sowie die Möglichkeit, Events abzubuchen oder Akteur\*innen auszuschließen, wenn  
47 gegen dieses Verbot verstoßen wird.

48 Gerade im Kampfsport muss auch darüber nachgedacht werden, wie Vereinsverbote  
49 gegen rassistisch und diskriminierend organisierte Vereine durchgesetzt werden  
50 können.

51 Außerdem muss von staatlicher Seite aus mit Best Practice-Modellen sowohl im  
52 Vereinsbereich, als auch im Bereich der Security-Firmen gearbeitet werden.  
53 Sowohl Vereine als auch Security-Firmen dürfen nur in Fällen demokratischen  
54 Engagements Partner\*innen staatlicher Institutionen sein.

55 Darüber hinaus müssen wir uns aber auch fragen, wie wir mit einer "Aufrüstung"  
56 der Nazi-Szene auf der Straße umgehen wollen. Die martialische Aufmachung und  
57 Handlungsweisen sollen Gegner\*innen bewusst weg halten und sind in besonderer  
58 Weise eine Gefahr für diskriminierte Gruppen wie auch für Antifaschist\*innen.  
59 Für uns gilt in jedem Fall der Grundsatz, dass Antifa immer heißt, zusammen zu  
60 stehen und allen Menschen im Umfeld zu helfen. Wir erwarten aber auch von  
61 Polizei und "Sicherheitsbehörden", dass der Fokus endlich weg von  
62 antifaschistischen Aktivist\*innen geht und sich auf die tatsächliche Gefahr  
63 richtet, auch im eigenen Sinne der Polizei, die auf Grund des mangelnden Fokus  
64 und der mangelnden Vorbereitung an einigen Stellen nicht in der Lage war,  
65 wirksam gegen diese Nazis vorzugehen.

66 Konzerte

67 Im Jahr 2017 fanden 298 rechte Musikveranstaltungen statt, der Großteil davon in  
68 Thüringen und Sachsen. Eines der bekanntesten, aufgrund großer medialer

69 Aufmerksamkeit, ist das Rechts-Rock Festival „Tag der nationalen Bewegung“ in  
70 Themar, Thüringen. 2017 waren rund 6000 Neo-Nazis angereist. Auch dieses Jahr  
71 wird sich die rechte Szene am ersten Juli-Wochenende zusammenfinden um Bands wie  
72 „Übermensch“, „Killuminati“ und „Sturmwehr ..“ zu hören, aber eben auch um sich  
73 in der Szene zu vernetzen und um Einnahmen zu generieren. Zwar wird auf der  
74 Website des Festivals darauf hingewiesen das die Einnahmen zur Kostendeckung  
75 verwendet werden, laut Recherchen der Recherche-Plattform „Thüringen  
76 rechtsaußen“ beläuft sich der Gewinn der Veranstaltung im Jahr 2017 auf etwa  
77 100.000 - 200.000 Euro, je nachdem wie hoch die Kosten für Technik, Helfer\*innen  
78 und Gagen waren. Rechtsrock ist ein lukratives Geschäft. Von den Geldern werden  
79 wiederrum rechte Strukturen gestärkt in dem z.B Immobilien erworben werden.

80 Der Staat und zivilgesellschaftliche Initiativen sind dagegen weitgehend  
81 machtlos, da die Rechten sich eine eigene Infrastruktur aufgebaut haben. Vom  
82 Konzertgelände bis zum Catering können die Nazis für fast alles allein sorgen,  
83 denn die ganzen Veranstaltungen fallen unter das Versammlungsrecht und zählen  
84 nicht als kommerzielle Veranstaltung.

85 Wir fordern ein härteres Vorgehen gegen diese Konzerte von den zuständigen  
86 Landesregierungen, denn anstatt ein Konzertverbot zu erwirken, weil angeblich  
87 Geschützte Vogelarten dort brüten, sollen diese Konzerte aufgrund dessen verboten  
88 was sie sind: eine Ansammlung von antidemokratischen Kräften, die die rechte  
89 Szene stärken und so ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Da  
90 sich die "Festivals" oft als Reihe darstellen, fällt hier auch der Beweis nicht  
91 schwer.

92 Wir fordern Auftrittsverbote von Bands, die bereits in der Vergangenheit massiv  
93 mit rechten Texten aufgefallen sind.

94 Wir fordern ein härteres Durchgreifen der Polizei bei Konzertbesucher\*innen,  
95 wenn diese mit Symboliken auftreten, die auf dem Index stehen.

96 Aber auch auf anderen Musikveranstaltungen die sich als unpolitisch verstehen,  
97 sind immer wieder rechte Bands in den Line-Up's zu finden. Bands wie „Letzte  
98 Instanz“ sind immer noch auf vielen größeren Festivals in Deutschland zu sehen.  
99 Oft sehen die Veranstalter\*innen dieser Festivals nicht die Problematik die in  
100 Zusammenhang mit diesen Bands steht, oder wissen es einfach nicht. Deshalb  
101 fordern wir in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlicher  
102 Seite sowie Initiativen mit den Veranstalter\*innen um Aufklärungsarbeit zu  
103 leisten und um rechten Bands keine Bühne mehr in der breiten Gesellschaft zu  
104 geben.

105 In Bezug auf rechte Konzerte ist noch ein anderes Problem relevant, dessen sich  
106 deutsche Behörden oft völlig unbewusst sind, das Auftreten von Bands und  
107 Sänger\*innen aus anderen Ländern, die in ihrer Community gerade auf Grund ihres  
108 faschistischen Gedankenguts hohen Stellenwert haben, prominentestes Beispiel ist  
109 wohl der kroatische Sänger mit dem Künstlernamen "Thompson". Hier ist eine  
110 umfassende Sensibilisierung aller Behörden notwendig, da oft überhaupt nicht  
111 verstanden wird, worum es geht. Im zweiten Schritt gelten dann die gleichen  
112 Forderungen wie auch für germano-faschistische Bands.

## **Begründung**

erfolgt mündlich



**V-6 For our future! - GRÜNE JUGEND solidarisiert sich mit streikenden Schüler\*innen der Bewegung Fridays For Future in Deutschland und auf der ganzen Welt.**

Antragsteller\*in: Grüne Jugend Kassel, Grüne Jugend  
Schwalm-Eder  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Schon seit Sommer 2018 geht die Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg  
2 während ihrer Schulzeit auf die Straße, um für eine nachhaltige Klima- und  
3 Umweltpolitik zu demonstrieren. Mittlerweile handelt es sich bei der davon  
4 ausgehenden Bewegung *Fridays for Future* um ein weltweites Bündnis unserer  
5 Generation.

6 Seit Anfang 2019 gehen auch in ganz Deutschland Woche für Woche Schüler\*innen  
7 auf die Straße, um für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren. Dass sich  
8 die Jugend auf der ganzen Welt mit Greta solidarisiert und ihren Protest überall  
9 seh- und hörbar macht, zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Jugendlichen auf  
10 der ganzen Welt ist. Eine Generation, die so oft als politikverdrossen betitelt  
11 wurde, macht deutlich, wie stark sie sein kann, wenn sie mit einer Stimme  
12 spricht.

13 **Die GRÜNE JUGEND unterstützt die Forderungen der *Fridays for Future* - Bewegung**  
14 **nach konsequentem Klimaschutz**, insbesondere die für uns nicht verhandelbare  
15 Forderung nach einem schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ein Ausstieg  
16 im Jahr 2038 ist für uns und für die Erde nicht hinnehmbar. Wenn die auf der  
17 Klimakonferenz in Paris vereinbarten Klimaziele eingehalten werden sollen,  
18 müssen wir jetzt handeln und bis spätestens 2030 europaweit aus der Kohle  
19 ausgestiegen sein. Für uns ist klar: Wir lassen uns unsere Zukunft nicht nehmen,  
20 nur weil Teile unserer Elterngeneration nicht den Mut haben, die notwendigen  
21 Schritte zu gehen. Die selbsternannten Profis haben lange genug gezeigt, dass  
22 sie bei der Reduzierung der Treibhausgase und der Eindämmung des Klimawandels  
23 viel eher Amateur\*innen sind.

24 **Ausdrücklich unterstützen wir auch die Demonstrationen zur Schulzeit.** Die  
25 Ereignisse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass gerade diese Form des  
26 Protestes die so dringend nötige Aufmerksamkeit für das Thema erregt. *Fridays*  
27 *for Future* beweist: Ja - die Jugend ist politisch und ja - sie setzt sich für  
28 eine bessere Zukunft ein. Die Behauptung, dass Demonstrationen außerhalb der  
29 Schulzeit wirkungsvoller seien, ist zumeist nur aus der Ecke zu hören, die den  
30 Klimaschutz bisher vollkommen vernachlässigt hat. Die bisherige Klimapolitik hat  
31 sich zu sehr auf das Heute als auf das Morgen fokussiert. Wir solidarisieren uns  
32 mit allen Demonstrant\*innen der Bewegung, die sich deshalb zu Demonstrationen  
33 gezwungen sehen - insbesondere mit denjenigen, die Repressionen aufgrund ihres  
34 Engagements erfahren. Drohungen, wie sie von konservativen Politiker\*innen in

35 letzter Zeit häufig zu hören sind, stellen wir uns gemeinsam entgegen. Greta  
36 Thunberg formulierte es treffend: **"Warum sollte ich für eine Zukunft lernen, die  
37 bald nicht mehr möglich ist, wenn niemand etwas unternimmt, um diese Zukunft zu  
38 retten? [...] Wir müssen handeln, und zwar jetzt!"**

39 Das Engagement der Bewegung *Fridays for Future* zeigt, dass es beim Klimaschutz  
40 um viel mehr geht als nur eine hohle Phrase. Aus diesem Grund fordert die GRÜNE  
41 JUGEND neben dem europäischen Kohleausstieg 2030 auch ein Ende der  
42 Massentierhaltung und eine Umstellung der klimavernachlässigenden  
43 Agrarsubventionen. Im Verkehrsbereich braucht es eine strikte Reduzierung von  
44 Abgasemissionen und einen stärkeren Ausbau des ÖPNVs und der Bahn, damit die  
45 notwendige Verkehrswende gelingen kann. Wir fordern des Weiteren, dass Kerosin  
46 wie jeder andere Treibstoff besteuert wird, um diese verdeckte Subvention zu  
47 beenden.

48 **Es kann nicht mehr so weiter gehen, denn es geht um unsere Zukunft!** Daher rufen  
49 wir alle Schüler\*innen auf, sich weiterhin an den *Fridays for Future*-  
50 Demonstrationen zu beteiligen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.

## **V-7 Ticketwucher stoppen**

Antragsteller\*in: KV Gießen  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die Grüne Jugend fordert eine Überprüfung der aktuellen Rechtslage bezüglich des
- 2 Zweitmarkts von Tickets für kulturelle und sportliche Veranstaltungen. Ziel ist
- 3 die Eindämmung von Ticketverkäufen über dem Originalpreis.

### **Begründung**

Es gibt keinen vernünftigen Grund ein Ticket, das man nicht länger braucht, über dem Einkaufspreis zu verkaufen, außer aus berechnetem persönlichem Gewinninteresse. Die Praxis des Ticketzweithandels hemmt gesellschaftliche Teilhabe durch astronomische Preise und verschiebt Gewinne zulasten von Veranstaltern&Künstlern hin zu professionellen Zweithändlern. Dieser pseudoprivate Handel stellt zudem eine einfache Gelegenheit dar am Fiskus vorbei enorme Gewinne zu erzeugen.

Tickets sind aufgrund ihrer begrenzten Anzahl und pauschalem Eintrittspreis nicht uneingeschränkt zum freien Handel geeignet. Aktuell begegnen viele Veranstalter dieser Praxis durch Personalisierung der Tickets, für deren Kosten sie selbst aufkommen müssen.

**V-8 Demokratie braucht Gemeinnützigkeit - für eine kritische Zivilgesellschaft!**

Antragsteller\*in: Anton Jaekel, Totti Schöningh

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedene Anträge

**Antragstext**

1 Seit mehreren Jahren werden die Räume zivilgesellschaftliches Handelns  
2 weltweit massiv eingeschränkt. Dies äußert sich nicht nur in Formen harter  
3 Repression, wie der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen oder der  
4 Ermordung von Aktivist\*innen. Auch in Bezug auf formal organisierte Formen  
5 zivilgesellschaftlichen Handelns lassen sich Elemente subtilerer Repression  
6 beobachten, die gezielt Handlungsräume einschränken. So werden NGOs in diversen  
7 autokratischen Staaten gezielt von Finanzflüssen abgeschnitten, wodurch ihre  
8 Arbeit eingeschränkt wird. Ein anderes Beispiel zeigt sich in Russland. Infolge  
9 entsprechender Gesetze mussten sich viele NGOs als "ausländische Agent\*innen"  
10 registrieren lassen. Letztlich wird versucht progressives, demokratisches und  
11 emanzipatorisches Potential zivilgesellschaftlicher Gruppen einzuschränken, um  
12 autoritäre Herrschaft zu stabilisieren.

13 Es ist ein Fehler, derartige Einschränkungen der Zivilgesellschaft nur in  
14 Autokratien zu vermuten. Auch in demokratischen Staaten wird zunehmend versucht,  
15 Zivilgesellschaft zu verdrängen. Zwar gibt es auch rechte Gruppen in der  
16 Zivilgesellschaft - das *Heartland Institute*, oder auch der *Deutsche Jugendbund*  
17 seien hier als Beispiele genannt. Doch letztlich treffen diese Maßnahmen in der  
18 Regel Gruppen, die sich für ein gerechteres und freieres Leben für alle  
19 einsetzen. Die Artikulation von Meinungen, Auseinandersetzungen und Konflikte  
20 um diese sowie ihre Aushandlung sind zentrale Elemente einer Demokratie. Darüber  
21 hinaus fungieren viele Nichtregierungsorganisationen durch die Mobilisierung  
22 öffentlicher Meinung als Ausgleich gegenüber dem Lobbyismus vieler industrieller  
23 Vertreter\*innen. Für die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen  
24 sind Ressourcen entscheidend. In Deutschland ist für viele Gruppen ihre  
25 Gemeinnützigkeit von großer Bedeutung, da sie dadurch unter anderem, von der  
26 Steuer absetzbare, Spendenbescheinigungen ausstellen können oder Steuervorteile  
27 genießen und so einen größeren finanziellen Spielraum erhalten. Außerdem  
28 verleiht der Titel der Gemeinnützigkeit in den Augen vieler potenzieller  
29 Spender\*innen der betreffenden Organisation Vertrauenswürdigkeit, wird dadurch  
30 also gesellschaftlich anerkannt.

31 Der Angriff auf die Gemeinnützigkeit greift Fundamente demokratischen Handelns  
32 an und spielt der politischen Rechten in die Hände. In diesem Zusammenhang  
33 verurteilt die GRÜNE JUGEND den Parteitagsbeschluss der CDU, der *Deutschen*  
34 *Umwelthilfe* ihre Gemeinnützigkeit aberkennen zu wollen.

35 Darüber hinaus urteilte der Bundesfinanzhof kürzlich, dass die "Beeinflussung  
36 von öffentlicher Meinung und politischer Willensbildung nicht als Bildungsarbeit  
37 oder Förderung des demokratischen Staatswesens im Sinne der Gemeinnützigkeit

38 gewertet werden darf". Auf Grundlage dieses Urteils wurde *Attac* endgültig die  
39 Gemeinnützigkeit entzogen. *Campact* geht davon aus, dass es ihnen bald gleich  
40 ergehen wird und stellt daher keine Spendenbescheinigungen mehr aus. Zur Zeit  
41 ist unklar, inwiefern andere Organisationen davon betroffen sein werden.

42 Die bisherigen Elemente der Liste von als gemeinnützig anerkannten Aktivitäten  
43 stammt größtenteils aus den 1970er Jahren und ist nicht mehr auf der Höhe der  
44 Zeit. Darüber hinaus scheint die Anerkennung von Gemeinnützigkeit oftmals  
45 willkürlich zu erfolgen, da die Finanzämter überlastet sind. Es muss  
46 sichergestellt werden, dass Verbände wie *Campact* und *Attac* Rechtssicherheit  
47 erhalten und ihr Engagement fortsetzen sowie langfristig planen können.  
48 Dementsprechend fordern wir als GRÜNE JUGEND:

49 • eine Ausweitung der Abgabenordnung des Gemeinnützigkeitsrechts auf  
50 weitere Elemente, wie den Einsatz für Grundrechte, Menschenrechte,  
51 Gleichstellung aller Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz,  
52 Datenschutz. Langfristig sollten gemeinnützige Tätigkeiten nicht über eine  
53 Liste mit Themen, sondern vielmehr über wertorientierte Zielsetzungen  
54 definiert werden, wie Emanzipation, Empowerment, gesamtgesellschaftliche  
55 Solidarität, Erhaltung ökologischer Lebensgrundlagen.

56 • Politische Äußerungen, auch zu tagesaktuellen Themen, müssen immer auch  
57 mit dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit vereinbar sein. In Zeiten des  
58 Rechtsrucks ist es wichtig, kritische Zivilgesellschaft zu stärken.

59 • Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Gruppen, die durch ihren  
60 Einsatz oder das durch sie vertretene Gedankengut demokratische Grundwerte  
61 in menschenverachtender Weise konterkarieren, keine Anerkennung der  
62 Gemeinnützigkeit erhalten. Vor diesem Hintergrund fordern wir die  
63 Schaffung einer Bundesbehörde, die mit den notwendigen Ressourcen  
64 ausgestattet ist und Prüfmechanismen nutzt, welche die Einhaltung der oben  
65 beschriebenen Regelungen prüfen können.

66 Die Bundesmitgliederversammlung beauftragt den Bundesvorstand, im Rahmen  
67 vorhandener Kapazitäten, mit der kritischen Begleitung eines möglichen  
68 Gesetzgebungsprozesses auf Grundlage unserer Forderungen sowie der Unterstützung  
69 von und Zusammenarbeit mit Bündnissen, die sich inhaltlich für ähnliche Reformen  
70 einsetzen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich. Wir freuen über Änderungsanträge.